

Sudetenpost



P. b. b., Erscheinungsort Linz
Verlagspostamt 4020 Linz
Einzelpreis S 2.50

Offizielles Organ der Sudetendeutschen Landsmannschaft in Österreich (SLÖ)

Folge 8

Wien - Linz, 23. April 1971

17. Jahrgang

Schwerwiegender Wahlgang

Von GUSTAV PUTZ

VLÖ drängt auf Verhandlungen

Der Verband volksdeutscher Landsmannschaften in Österreich ist in einem Briefe an den Bundeskanzler Dr. Kreisky der Behauptung entgegengetreten, daß die Anrufung des Schiedsgerichtes mit Zustimmung der Vertreter der Betroffenen geschehen sei. Diese Behauptung hatte der Bundeskanzler in einer Anfragebeantwortung an den Abgeordneten Machunze aufgestellt. Er hatte gemeint, eine Erweiterung des Vertrages von Bad Kreuznach habe deswegen keine Aussicht auf Erfolg, weil das Verfahren vor dem Schiedsgericht noch nicht abgeschlossen sei. Diese Klage könne er nicht zurücknehmen, meinte der Bundeskanzler, da sie damals mit Zustimmung der Vertreter der Betroffenen eingereicht worden sei.

Demgegenüber stellte der VLÖ in seinem Schreiben an den Bundeskanzler fest:

„Bei der am 21. März 1969 im Bundeskanzleramt unter Vorsitz des Herrn Bundeskanzlers Dr. Josef Klaus in Anwesenheit der Herren Bundesminister Dr. Waldheim und Prof. Dr. Koren stattgefundenen Besprechung wurde uns von Herrn Minister Dr. Waldheim vorgeschlagen, ein Schiedsverfahren einzuleiten, welches feststellen sollte, ob das Reparationsschädengesetz in der damaligen Fassung eine Diskriminierung der Republik Österreich bzw. der Heimatvertriebenen in Österreich beinhaltet, weil es diese von einer Entschädigungszahlung ausschließt. Die Vertreter des VLÖ brachten vor, daß ein solches Verfahren von äußerst langwieriger Dauer sei und den Wünschen der Vertriebenen nach einer raschen Lösung des Ent-

schädigungsproblems nicht entspricht. Herr Bundesminister Dr. Waldheim entgegnete, daß dieses Verfahren in einem halben, spätestens in einem Jahr beendet sein werde. Die Vertreter des VLÖ äußerten dazu ihre Bedenken, worauf Herr Minister Dr. Waldheim erklärte,

es sei ohne weiteres möglich, daß neben dem Schiedsverfahren parallel Verhandlungen auf der Grundlage des Art. 5 des Abkommens von Bad Kreuznach stattfinden können.

Diese Erklärung haben die Vertreter des VLÖ zur Kenntnis genommen und nicht mehr. Inzwischen ist auch klar geworden, daß das Schiedsverfahren in keiner Weise den Art. 5 des Abkommens von Bad Kreuznach berührt und sich lediglich auf das Reparationsschädengesetz bezieht.

Der VLÖ stellt in dem Brief an Bundeskanzler Dr. Kreisky fest: „Es ist daher unverständlich, daß weitere nach Artikel 5 des sogenannten Abkommens vorgesehene Verhandlungen mit der BRD unter Berufung auf eine Nichtbeendigung des Schiedsverfahrens zum Nachteil der Vertriebenen hinausgezogen werden.“

Der Brief schließt mit der Bitte an den Bundeskanzler um Einleitung von Verhandlungen mit der Bundesrepublik Deutschland. Gleichzeitig hat der VLÖ den Finanzminister Dr. Androsch um einen Termin für eine Vorsprache gebeten, da ja der Finanzminister in einem Ausschuß ein Gesamtkonzept für noch offene Entschädigungsfragen erarbeiten soll.

Jeder wahlberechtigte österreichische Staatsbürger ist am kommenden Sonntag, dem 25. April, verpflichtet, zur Wahlurne zu gehen und seinen Stimmzettel für die Bundespräsidentenwahl abzugeben. Mit dieser Wahlpflicht ragt die Wahl eines Bundespräsidenten über alle anderen Wahlgänge hinaus. Der Gesetzgeber wollte dies im Jahre 1929 so haben, als er die Direktwahl des Bundespräsidenten durch das Volk einführt. Und diese Volkswahl wurde eingeführt, weil man dem Parlament ein Gegengewicht in der Staatsspitze gegenüberstellen wollte. Man hat damals auch die Befugnisse des Bundespräsidenten wesentlich erweitert. Er bekam das Recht zur Auflösung des Nationalrates, das Recht der Ernennung und Entlassung der Mitglieder der Bundesregierung, den Oberbefehl über das Bundesheer und sogar ein Notverordnungsrecht: wenn der Nationalrat nicht versammelt ist, nicht rechtzeitig zusammentreten kann oder in seiner Tätigkeit durch höhere Gewalt behindert ist, kann der Bundespräsident auf Vorschlag der Regierung gesetzesändernde Verordnungen treffen. Vorher konnte der Nationalrat nur durch eigenen Beschluß aufgelöst werden, wurden die Minister durch den Nationalrat gewählt und Gesetzesänderungen ausschließlich durch den Nationalrat vorgenommen. Der Bundespräsident wurde entsprechend seinen geringen Befugnissen auch unter dem Parlament eingestuft: er verdankte seine Wahl der Bundesversammlung, also den Mitgliedern des Nationalrates und des Bundesrates.

Zu manchen Zeiten wurde auch nach 1945 noch die Rolle des Bundespräsidenten heruntergespielt. Noch der Präsidentschaftskandidat Dr. Adolf Schärf führte seinen Wahlkampf unter anderem mit dem

Statt München ein neuer Vertrag

Das erste Abtasten in Prag verlief in einer offenen und sachlichen Stimmung

Eine „ex-tunc“-Erklärung über das Münchner Abkommen könne für die Bundesrepublik Deutschland nicht in Frage kommen, erklärte der Landesvorsitzende der Sozialdemokratischen Partei in Bayern, Volkmar Gabert, auf einem Seminar der Seliger-Gemeinde in Bayrisch-Eisenstein. Schließlich habe auch die andere Seite ein Interesse daran, dieses Abkommen abgelöst zu bekommen durch einen neuen Vertrag, der in etwa für die Interessen der Tschechen, Slowaken, aber auch der Sudetendeutschen völkerrechtlich eine neue Grundlage schafft. „Dieses ‚ex-tunc‘ ist eine innerpolitische Frage der Tschechoslowakei“, fuhr Gabert fort, „und wir haben keine Veranlassung, wenn wir solche Lösungen für objektiv falsch halten, überhaupt darüber zu verhandeln. Man kann in der Geschichte nicht so tun, als habe es etwas nicht gegeben, was es gegeben hat.“

„Ein dauerhafter Friede“, sagte Gabert noch, „setzt einen Ausgleich mit dem Osten voraus, aber kann nicht nur einseitig auf Kosten eines Verhandlungspartners erfolgen. Daraus würde sich kein dauerhafter Friede ergeben, denn dazu müssen die Machtkonzentrationen auf beiden Seiten abgebaut werden. Parallel mit der Politik des Ausgleichs muß die Freundschaft mit den Staaten des westlichen Bündnisses gepflegt werden. Jeder, der eine Erfahrung mitbringt im Zusammenleben mit den Völkern Osteuropas und mit den politischen Kräften in diesen Staaten, kann in der Bundesrepublik eine wichtige Aufgabe vollbringen. Er muß aber versuchen, die Dinge einigermaßen zu Ende zu denken, und nicht nur aus der Vergangenheit heraus zu argumentieren.“

Der erste Meinungsaustausch

Der erste offizielle Meinungsaustausch zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechoslowakei über die Möglichkeiten von Verhandlungen über ein deutsch-tschechoslowakisches Normalisierungsabkommen hat in einer offenen und sachlichen Atmosphäre stattgefunden. Das ist der Inhalt einer gemeinsamen Erklärung von Staatssekretär Paul Frank und des stellvertretenden CSSR-Außenministers Milan Klusak, die in der vergangenen Woche in Prag zusammengetroffen sind. Die Gespräche sollen fortgesetzt werden.

Nach den knappen Mitteilungen von Staatssekretär Frank ist über den Komplex eines Gewaltverzichtvertrages und der Normalisierung „in seiner ganzen Breite und Tiefe“ gesprochen worden. „Für beide Seiten ist es nicht einfach“, so erklärte Frank nach seiner Rückkehr aus Prag, „wenn man 26 Jahre nach alledem, was der zweite Weltkrieg für die Menschen auf beiden Seiten bedeutet hat, wieder zu einem ersten Gesprächskontakt zusammenkommt. Da müssen nicht nur die Gesprächspartner, die sich gegenüberübersitzen, gewisse psychologische Barrieren überwinden, sondern auch die Problematik hat sich mit den Jahren verhärtet. Deshalb ist es unser Wunsch, diese Gespräche vorsichtig und

flexibel zu führen, so daß aus ihrem möglichen Verlauf sich nicht ein Rückschlag oder sogar eine zusätzliche Verhärtung ergibt.“

Der deutschen Delegation ist es bei diesem ersten Meinungsaustausch vor allem auch darum gegangen, herauszufinden, welche konkreten Vorstellungen die tschechoslowakische Seite mit ihrer Forderung nach einer Nichtigkeitsklärung des Münchner Abkommens von Anfang an verbindet, zumal dann, wenn sich damit der Zusatz „mit allen sich daraus ergebenden Konsequenzen“ verbindet.

Auf der deutschen Seite sind die Vorbehalte gegen eine Ex-tunc-Nichtigkeit so groß, daß die tschechoslowakische Forderung nicht hingenommen werden kann. Staatssekretär Frank hat mit Recht darauf hingewiesen, daß es im Zusammenhang mit der Frage des Münchner Abkommens Probleme gebe, die sich überhaupt nicht lösen lassen, wenn von der Ungültigkeit des Münchner Abkommens von Anfang an ausgegangen wird. Für den weiteren Verlauf der deutsch-tschechoslowakischen Verhandlungen zeichnet sich die Möglichkeit ab, daß eine Expertenkommission eingesetzt wird, die entweder schon vor den

eigentlichen Verhandlungen oder mit ihnen gleichlaufend die Fragen zu klären versucht, die sich aus dem Münchner Abkommen von 1938 ergeben.

In einem Kommentar von Radio Prag wird der tschechoslowakische Kurs angedeutet. Darin hieß es: „Die Tschechoslowakei ist auf die Gespräche mit der Bundesrepublik Deutschland gut vorbereitet, und ihre Regierung strebt gute Beziehungen auch zu diesem Nachbarland an. Der Erfolg der Verhandlungen und der Start in die neue Etappe der gegenseitigen Beziehungen werden jedoch in erster Linie davon abhängen, ob sich die Bonner Regierung ganz eindeutig von der verbrecherischen Politik des nazistischen Dritten Reiches und insbesondere von dem Münchner Abkommen distanzieren wird, auf dessen Grundlage Hitler mit der faktischen Liquidierung des tschechoslowakischen Staates begann. Deshalb ist gerade die Lösung der Frage der Ungültigkeit des Münchner Abkommens ein Punkt, mit dem begonnen werden muß.“

Wenn Ende April oder Anfang Mai der Meinungsaustausch zwischen Bonn und Prag fortgesetzt wird, ist vielleicht leichter abzusehen, wie weit der Weg noch ist.

Entschädigung 3:1

Die Vermögensverhandlungen mit der Tschechoslowakei haben begonnen

Zu den Vermögensverhandlungen zwischen Österreich und der Tschechoslowakei, die derzeit von einer österreichischen Delegation unter Leitung des Außenamts-Generalsekretärs Wodak geführt werden, berichtete „Die Presse“, daß man mit konkreten Ergebnissen rechne. „Diese Ansicht basiert nicht nur auf einer Erklärung des tschechoslowakischen Ministerpräsidenten Strougal, der vor kurzem die Bereitschaft seiner Regierung zu neuen Verhandlungen mit Österreich erklärt hatte, sondern auch auf Informationen Botschafter Halusas, der im vergangenen November in dieser Angelegenheit in Prag sondiert hat. In zahlreichen Expertengesprächen hat man eine Bewertungsgrundlage erarbeitet, so daß jetzt nur noch auf höherer Ebene entschieden werden muß, in welcher Weise diese zu praktizieren ist.“

Bereits vor drei Jahren schienen Aussichten für den Abschluß eines Vertrages zu bestehen, doch nach der Besetzung der CSSR durch die Truppen des Warschauer Paktes wurden die Verhandlungen unterbrochen. In Prag liegen jedoch die Anträge von über 40.000 Altösterreichern vor, die durch die Konfiskation ihres Vermögens geschädigt wurden. Umgekehrt hat auch die Tschechoslowakei Gegenforderungen angemeldet.

Beide Staaten scheinen sich zu einer Globalentschädigung entschlossen zu haben, wobei die Tschechoslowakei schon 1968 bereit gewesen sein soll, vier Milliarden Schilling für das mit etwa 12 Milliarden bewertete österreichische Vermögen in der CSSR zu bezahlen. Schwierigkeiten werden sich sicherlich bei der Einschätzung des Großbesitzes ergeben, da die CSSR auf dem Standpunkt steht, sie habe diesen verstaatlicht und könne daher auch für Österreicher keinerlei Ausnahmen machen.

Von österreichischer Seite besteht jedoch keine Geneigtheit, nach dem Muster des ungarischen

Vermögensvertrages vorzugehen, bei dem Besitz über 100 Joch nicht berücksichtigt wurde. Vielmehr müsse auch derjenige Österreicher, der viel verloren hat, das Mindestmaß an Entschädigung erhalten. Nicht behandelt werden bei den Prager Gesprächen die Vermögensverluste der mehr als hunderttausend Neuösterreicher, wobei sich jedoch Wien geweigert hat, für diese eine Verzichtserklärung abzugeben, wie von Prag verlangt.

VLÖ

Der von längerer Krankheit genesene Vorsitzende Michel konnte am 15. April pünktlich bei Anwesenheit aller Mitglieder die Sitzung eröffnen. Der einzige Besprechungspunkt war die Vorbereitung der Aussprache beim Bundesminister für Finanzen Dr. Androsch.

Dr. Schempera erläuterte nochmals unseren Standpunkt bezüglich des Schiedsgerichts, weil immer wieder von Regierungsstellen dieses irrtümlich mit dem Artikel 5 des Bad Kreuznacher Abkommens in Zusammenhang gebracht wird. Es hat aber lediglich festzustellen, ob unsere Ansprüche im Bonner Reparationssachschaadengesetz berücksichtigt werden müssen oder nicht. Es wurde seit der Zusammenkunft mit unseren Politikern im Café Haag einiges unternommen, doch war dies bisher von keinem Erfolg begleitet. Auf Vorschlag des Vorsitzenden werden nun sofort Schreiben an den Bundeskanzler und an den Finanzminister ausgearbeitet. Leider war dies durch die verschiedenen Vorsprachen früher nicht möglich, doch ist hierfür jetzt die beste Zeit.

Es wurde auch noch auf den Vortrag unseres einstigen Ministers Schulrat a. D. E. Zajicek am 7. Mai 1. J. in der VHS Wien-West, Zollergasse, aufmerksam gemacht, in dessen Verlauf auch wieder das „Münchner Abkommen“ zur Sprache kommt. Die Sitzung wurde nach dreistündiger Dauer geschlossen.

Zur Präsidentenwahl

Für die Präsidentenwahl am 25. April hat die „Sudetenpost“ wie immer ihre Seiten für die Wahlwerbung zur Verfügung gestellt. Auf Inhalt, Größe und Häufigkeit der Werbeanzeigen nimmt die Zeitung selbst keinen Einfluß, sie sind ausschließlich von dem Entschluß der wahlwerbenden Gruppen bestimmt.

Argument, sein Amt sei ja nur das eines Staatsnotars, der die Beschlüsse des Parlaments zu beglaubigen und die Vorschläge der Bundesregierung zu unterschreiben habe. Das war aber auch damals nicht mehr richtig, denn schon Bundespräsident Theodor Körner hatte im Jahre 1953 bei der Regierungsbildung seinen Willen sehr deutlich gezeigt und durchgesetzt, als er den Vorschlag, den Wahlverband der Unabhängigen an der Regierung zu beteiligen, zurückwies und auf der Bildung einer Koalitionsregierung damaligen Stils bestand. Seitdem die Regierungen nicht mehr von den beiden Großparteien gemeinsam, sondern von einer Partei allein geführt werden, übt der Bundespräsident einen beträchtlichen Einfluß aus, weil nur mit seinem Willen eine Regierung eingesetzt werden kann, die sich die Mehrheit für ihre Gesetze erst im Parlament suchen muß. Seither trägt der Bundespräsident auch eine vergrößerte Verantwortung.

Diese Vermehrung der Verantwortung überträgt sich naturgemäß auch auf den Wähler. Denn von seiner Entscheidung hängt es ab, wem die politische Entscheidungsmacht übertragen wird. Es ist also durchaus natürlich, daß bei einem solchen Wahlgang Wahlpflicht herrscht. Man kann es ja nicht einem Zufall – etwa dem guten oder weniger guten Wetter – überlassen, ob eine große oder nur kleine Zahl von Wählern die Entscheidung trifft. Die Wahlpflicht macht es dem Wähler auch klar, daß es um einen bedeutenden staatsbürgerlichen Akt geht, dem man sich daher auch nicht durch die Abgabe eines ungültigen Stimmzettels entziehen sollte, und den man sich auch gut überlegen müßte, ohne sich von der Propaganda eine Entscheidung aufzwingen zu lassen.

Diese Propaganda steigt, auch wenn man am Beginn einer Wahlkampagne gute Vorsätze faßt, immer wieder in die Tiefen ab, in denen versucht wird, den gegnerischen Kandidaten persönlich herabzusetzen. Das kann man sich gerade noch in

Südamerika leisten, wo man oft nicht weiß, welcher Kandidat der größere Korruptio-nist ist. Aber bei uns pflegt man doch in-tegre Menschen aufzustellen, die Hochach-tung verdienen wegen des Lebenswegs, den sie zurückgelegt haben, wegen ihrer Leistungen, wegen ihrer Intelligenz, wegen ihrer Sauberkeit und ihres unantastbaren Wandels. Daher müßten persönliche Ver-unglimpfungen auf die Urheber zurückfal-len und das Gegenteil ihrer Absicht bewir-ken. Ein verantwortungsbewußter Wähler wird sich von solchen Propagandamethoden nicht beeinflussen lassen, sondern seine Überlegungen nach sachlichen politischen Gesichtspunkten ordnen.

Als Theodor Körner im Jahre 1951 im zweiten Wahlgang über den oberösterrei-chischen Landeshauptmann Dr. Heinrich Gleißner obsiegte, galt sein erster offizieller Besuch dem Lande des unterlegenen Kandidaten. Und schon auf der Fahrt vom Bahnhof in das Linzer Landhaus trug der neue Präsident und alte General dem jün-geren Landeshauptmann und ehemaligen Oberleutnant das Du-Wort an. So sollte es sein: wer immer am kommenden Sonntag vom österreichischen Volk zum Bundes-präsidenten gewählt werden wird, dem wird der Respekt aller gehören müssen.

Eine gute Seite hat auch dieser Wahl-kampf um die oberste Stelle im Staate: der Kontakt zwischen den Kandidaten und dem Volk wird enger. Staatsoberhaupt und Staatsbürger pflegen ja sonst nicht häufig in Tuchfühlung zu geraten. Es wäre eine erfreuliche Frucht dieses Wahlkampfes,

wenn die Tuchfühlung bliebe. Vielleicht käme dann auch einmal der Zeitpunkt, daß auch die Vertriebenen und ihre Vertreter einem Bundespräsidenten Aug in Aug gegenüberstehen und ihm ihre besonderen Sorgen mitteilen könnten. Das war in den 25 Jahren, seit die Vertriebenen hier leben, noch nicht der Fall. Nicht einmal beim großen Sudetendeutschen Tag zu Pfingsten 1959 hatten die Sudetendeutschen die Ehre, mit dem Bundespräsidenten in Kon-takt zu kommen, könnte das nun nicht an-ders werden?

Landeshauptmann Dr. Gleißner tritt ab

Der Landeshauptmann von Oberösterreich, Dr. Heinrich Gleißner, wird am 3. Mai sein Amt zurücklegen, das er vom Mai 1934 bis zum 11. März 1938 und dann seit dem 26. Oktober 1945 geführt hatte. Was Dr. Gleißner für die Vertriebenen in Oberösterreich geleistet hatte, wurde in diesem Blatte wiederholt gewürdigt, zuletzt im November 1970, als die Sudetendeutsche Landsmannschaft in Oberösterreich ihm eine große öffentliche Ehrung bereite.

Dr. Gleißners Nachfolger wird Dr. Erwin Wenzl, der seit 1955 der oberösterreichischen Landes-regierung angehört und seit 1966 Landeshaupt-mann-Stellvertreter ist. In dem künftigen Lan-deshauptmann haben die Sudetendeutschen be-sonders vor der letzten Nationalratswahl einen sehr energischen Vertreter ihrer Interessen in Wien gefunden. Es kann bemerkt werden, daß Dr. Wenzl sudetendeutscher Abstammung ist, sein Vater war im südböhmischen Graphitberg-bau in Schwarzbach-Stuben tätig, ehe er in das oberösterreichische Braunkohlenggebiet übersie-delte.

In die oberösterreichische Landesregierung ziehen als neue Mitglieder der ÖVP-Abgeord-nete Dr. Lelio Spannocchi, der derzeit dem Na-tionalrat angehört, und der Verleger und Druk-kerbesitzer Rudolf Trauner ein.

Dr. Gleißner, der am 26. Jänner dieses Jahres sein 78. Lebensjahr vollendet hat, hat unter allen Landeshauptleuten Oberösterreichs die längste Amtszeit aufzuweisen. Seine Amtszeit wird auch von keinem anderen österreichischen Landeshauptmann erreicht.

Über Vertreibung schwiegen die Polen

Im Bundestag hat der BdV-Präsident und CDU-Abgeordnete Dr. Czaja die Bundesregierung um Auskunft darüber gebeten, ob im Rahmen der Warschauer Verhandlungen eine völkerrechtlich präzierte Vorbehaltserklärung abgegeben worden ist, daß der Vertrag keine Legitimierungen jener Maßnahmen darstellt, durch die Millionen Deutscher aus den unter fremder Verwaltung stehenden deutschen Gebieten vertrieben worden sind.

Für die Bundesregierung antwortete Staats-sekretär Moersch, daß der Bundesaußenminister im Verlaufe der Verhandlungen in Warschau förmlich erklärt hat, daß die Grenzregelung, wie immer sie aussehen möge, nicht als eine Legiti-mierung jener Maßnahmen gedeutet werden könne, durch die Millionen Deutscher aus ihrer Heimat vertrieben worden sind. Damit habe der Bundesminister des Auswärtigen klargestellt, daß die Bundesrepublik Deutschland die Vertreibung nicht als mit dem Völkerrecht vereinbar anerkennt. Auf die Frage von Dr. Czaja, ob diese Er-klärung in Form einer präzisen völkerrechtlichen Vorbehaltserklärung vor der polnischen Delegation erfolgt ist, bestätigte Staatssekretär Moersch, daß diese Erklärung vor der polnischen Delegation abgegeben worden sei, diese jedoch auf die Erklärung des Bundesaußenministers nicht geantwortet, ihr somit auch nicht widersprochen habe. Der Warschauer Vertrag werde daher von polnischer Seite nicht dahingehend ausgelegt werden können, daß er die Vertreibung legiti-miere; eine derartige Aussage sei in dem Vertrag nicht enthalten.

Eine weitere Anfrage, ob dem Staatssekretär nicht bekannt sei, daß nach den völkerrecht-lichen Usancen eine Erklärung dann als ent-gengekommen gilt, wenn sie vom Empfänger quittiert worden ist, beantwortete Moersch da-hingehend, daß ihm dies wohl bekannt sei, es in diesem Falle aber nicht darum gehe, ob die Er-klärung notwendig oder gewünscht war, da sie überhaupt nicht Gegenstand des Vertrages ge-wesen sei.

Nach der Vertreibung blieben 1,1 Millionen Deutsche

Die CDU-CSU-Fraktion hat die Bundesregie-rung um Auskunft gebeten, wie viele deutsche Staatsangehörige heute noch in den unter frem-der Verwaltung stehenden deutschen Gebieten leben und wie vielen Deutschen es erlaubt wor-den ist, im Rahmen der zwischen der Bundes-republik Deutschland und Polen Ende 1955 ver-einbarten Familienzusammenführung dieses Land zu verlassen.

In der Antwort der Regierung heißt es, daß nach den verfügbaren statistischen Unterlagen nach Abschluß der Aussiedlung in den 1945 unter polnische Verwaltung gestellten östlichen Gebie-ten des Deutschen Reiches etwa 1,1 Million Per-sonen zurückgeblieben sind. Zum überwiegenden Teil handle es sich dabei um deutsche Staats-angehörige im Sinne der einschlägigen deutschen Gesetzgebung. Genaue Zahlen und Unterlagen darüber gebe es jedoch nicht. Auch in den Ver-handlungen mit Polen sei ein derartiger zahlen-mäßiger Überblick nicht geboten worden, da Polen die deutsche Auffassung über die Staats-angehörigkeit der zurückgebliebenen Deutschen nicht teile, sondern sie auf Grund der polnischen Gesetzgebung als polnische Staatsangehörige betrachte.

In der Antwort der Bundesregierung heißt es ferner, daß im Rahmen der Familienzusammen-führung auf Grund einer Vereinbarung zwischen dem Deutschen und dem Polnischen Roten Kreuz vom 1. Dezember 1955 von diesem Datum an bis Ende 1970 368.824 Deutsche Polen verlassen haben.

Aussiedlung gebremst

Während im Februar 3400 Deutsche aus den Oder-Neiße-Gebieten und aus Ostpreußen in die Bundesrepublik gekommen waren und es im März immerhin noch 1520 waren, sind vom 1. bis 16. April nur noch 587 Aussiedler aus diesen Gebieten in Friedland eingetroffen. Umsiedler be-richten, daß Anträge unbegrenzt angenommen, Ausreisegenehmigungen jedoch nur noch in ge-

ringem Umfang ausgestellt werden. Die polnischen Behörden sollen sich auf den Standpunkt stellen, daß in den meisten Fällen zunächst eine gründ-liche Prüfung erforderlich ist, ob es sich bei dem Antragsteller wirklich um einen Deutschen im Sinne der Vereinbarungen handelt.

Der Vorsitzende der Union der Vertriebenen und Flüchtlinge in der CDU/CSU, Dr. Hermann Götz, MdB, hat in einer Erklärung den „starken Rückgang“ der Zahl der Aussiedler aus Polen bedauert und behauptet, daß sich hier deutlich die ungenügende Information über die Aussied-lung zeige. Statt die Unterrichtung der deutschen Bevölkerung in den Ostgebieten selbst in die

Hand zu nehmen, habe die Bundesregierung die Information über Möglichkeiten der Aussiedlung den Polen überlassen, die aus diesem Monopol eine „Kampagne wider die Aussiedlung“ ge-macht hätten.

50 Abgeordnete der Vertriebenen

In einem Pressegespräch hat der Vorsitzende der Union der Vertriebenen und Flüchtlinge in der CDU/CSU, Dr. Götz, berichtet, daß diese Ver-einigung der Ost- und Mitteldeutschen im Bundes-tag gegenwärtig über 34 Abgeordnete und in den Länderparlamenten über 50 Abgeordnete ver-füge.

Ostpolitik führt in Sackgasse

Auf einer Kundgebung des BdV-Landesverban-des von Baden-Württemberg distanzierte sich Ministerpräsident Dr. Hans Filbinger von der Ost-politik der Bundesregierung, weil der von ihr unterzeichnete Moskauer Vertrag der Sowjetunion das als legitimen Besitz zuerkennt, was diese sich mit Gewalt genommen habe. Die Bundes-regierung habe sich in eine Sackgasse hinein-manövriert und deutsche Rechtspositionen ohne Gegenleistung preisgegeben. Deswegen teile er die Sorge der Vertriebenen um die Ostverträge.

BdV-Präsident Dr. Czaja erinnerte die Bundes-regierung daran, daß Breschnjew im vergangenen September in Alma Ata den Moskauer Vertrag als den „größten diplomatischen Sieg der Sowjet-union seit 25 Jahren“ gefeiert habe, was doch eine politische Niederlage der Deutschen von geschichtlicher Tragweite bedeute, Czaja warf der Bundesregierung vor, sie wage nicht mehr, die Rechte für ganz Deutschland zu vertreten. Die

Ergebnisse der letzten Landtagswahlen hätten jedoch gezeigt, daß die Deutschland- und Ost-politik der Bundesregierung in der Bevölkerung keine Mehrheit mehr habe. Nachdrücklich warnte der BdV-Präsident vor der Annahme, die

40 Jahre Klavierhaus Kreuzer
JOKA-VERKAUFSTELLE
Sitz- und Schlafmöbel-Matratzen in großer Auswahl Klaviere: erstklassige Marken; auch überspielte Klaviere
Klagenfurt, Kardinalplatz 1, Tel. 82 3 60
Günstige Rabatte!

Vertriebenen würden resignieren, wenn die Ost-verträge erst einmal ratifiziert seien. Denn: „Nichts ist erledigt in der Geschichte“, betonte er, „wenn es nicht wenigstens halbwegs gerecht erledigt ist.“

In der Folge schlimmer

Im „Bayernkurier“ (Nr. 22 vom 10. April) zieht unter dem Titel „In der Folge schlimmer“ Erich J. Karl die Schlüsse aus der Verlautbarung über die ersten Gespräche zwischen Bonn und Prag. Wir bringen diesen Artikel seiner Klarheit wegen im Wortlaut:

„Es wird weiter verhandelt. Im Mai sollen die Gespräche zwischen Staatssekretär Paul Frank vom Auswärtigen Amt und dem stellvertretenden tschechoslowakischen Außenminister Klusak in Bonn fortgeführt werden. Das, und die beider-seitige Feststellung, daß die Verhandlungen in Prag in „sachlicher und ruhiger Atmosphäre“ ver-laufen sind, war das einzige, was die Öffentlich-keit über die Prager Gespräche Franks erfuh. Allerdings handelt es sich bei diesen, wie auch bei den für Bonn vereinbarten Gesprächen, nur um ein Präliminam, denn die eigentlichen Ver-handlungen werden nicht vor Ende Mai beginnen, vor allem auch deshalb, weil der eigentliche deutsche Verhandlungsführer, Botschafter Dr. Dr. Northe, voraussichtlich bis Mitte Mai bei anderen Ver-handlungen engagiert ist.“

Die Tatsache, daß weiterverhandelt wird, läßt darauf schließen, daß von deutscher Seite kein absolut ablehnender Standpunkt zur tschecho-slowakischen Forderung nach einer Nichtig-erklärung des Münchner Abkommens von Anfang an eingenommen wurde. Die Prager Kommuni-stenführer haben keineswegs, wie Brandts Pro-pagandisten vor der Abreise Franks weismachen wollten, der Ex-tunc-Formel abgeschworen. Sie konnten dies schon deshalb nicht, weil sie im „Freundschafts- und Beistandspakt“ mit Moskau, der am 6. Mai 1970 in Prag unterzeichnet wurde, ausdrücklich darauf festgelegt worden sind. Dort heißt es „ungültig von Anfang an mit allen sich daraus ergebenden Konsequenzen“.

Nun sind durch eine UPI-Meldung, die während Franks Prager Gesprächen veröffentlicht wurde, auch die „Konsequenzen“ bekannt geworden, die man tschechischerseits (sprich sowjetischerseits) im Auge hat: Die Abtretung des Sudetengebietes,

der die tschechoslowakische Regierung mit ihrer Note vom 21. September 1938 an die französische und britische Regierung zugestimmt hatte und wozu durch das Münchner Abkommen die Durch-führungsbestimmungen festgelegt wurden, hat niemals stattgefunden. Der Einmarsch der Deut-schen Wehrmacht war vielmehr ein rechtswidriger Akt und eine gewaltsame militärische Okkupation. Die Tschechoslowakei befand sich daher seit dem 1. Oktober 1938, also dem Tag, an dem die Okkupation begann, mit dem Deutschen Reich im Kriegszustand. Daraus ergibt sich, daß die „Nach-folgestaaten des Deutschen Reiches“ — in die-sem Falle gibt man der Bundesrepublik die Ehre, die einzige Rechtsnachfolgerin zu sein — für alle sich daraus ergebenden Folgen aufzukommen haben. Damit wird eine neue Kriegsschuld auf-gebaut, die nicht einmal das Nürnberger Militär-tribunal festgestellt hatte. Das Sudetenland war demnach vom 1. Oktober 1938 bis 8. Mai 1945 widerrechtlich besetztes Gebiet der Tschechoslo-wakei, die sich alle sich daraus ergebenden recht-lichen, finanziellen und wirtschaftlichen Folgen vorbehält. Die Sudetendeutschen waren während dieser Zeit illoyale tschechoslowakische Staats-bürger oder reichsdeutsche Staatsbürger, die sich illegal im besetzten tschechoslowakischen Gebiet aufhielten, weshalb die „Rückführung in das Deutsche Reich“, d. h. die Vertreibung durchaus legal war.

Im Bonner Regierungslager sollte man sich auf eine solche Argumentation einstellen und nicht daran herumtüteln, wie man den Sudetendeut-schen den Schwarzen Peter für die Akzeptierung der tschechoslowakischen Forderungen zuspielen kann. Denn sollten diese realisiert werden, dann heißt es zahlen, zahlen und nochmals zahlen — abgesehen natürlich von den rechtlichen Nach-teilen, die sich für die betroffenen Sudetendeut-schen daraus ergeben. Juristische Experten haben dies schon längst erkannt. Aber für Willy Brandt ist bekanntlich die Weltgeschichte kein Amtsgericht.“

Wiederum Konzentrationslager in der CSSR

In der „Kronzeitung“ gibt der Leitartikel Ernst Trost Kenntnis von Gerüchten, daß in der Tschechoslowakei wiederum Konzentrationslager in Betrieb genommen werden sollen. Dies soll besonders zu dem Zwecke geschehen, um den im Mai stattfindenden kommunistischen Parteitag vor Störungen zu schützen. Bekanntermaßen ist auch die Einreise in die Tschechoslowakei im Mai ge-sperrt, nur in dringenden Fällen werden Visa erteilt.

Von den gleichen Gerüchten weiß der „Bayern-kurier“, der sich wiederum auf eine Stockholmer Zeitung beruft. Diese Stockholmer Zeitung wußte von der Absicht, einen sehr großen Kreis von Personen, die in der Dubcek-Ära führende Positionen inne hatten, in drei Lagern zu internie-ren, um jegliche Einwirkung auf den Parteitag der KP auszuschließen. Die Angriffe auf Dubcek neh-men auffällig zu. Radio Prag nannte ihn am 4. April schon einen „charakterlosen Rechts-opportunisten“. Aus diesen Anzeichen wird ge-schlossen, daß Husak sein Versprechen, es werde nicht zu politischen Prozessen kommen, nicht einhalten werde können.

In einem Falle hat Husak das verpfändete Wort ja schon gebrochen, als er es zuließ, daß General Prchlik zu drei Jahren Gefängnis verurteilt wurde, weil er es in der Zeit des Prager Frühlings ge-wagt hatte, auch für die Satelliten Moskaus, die im Warschauer Pakt vereinigt sind, ein militäri-

sches Mitspracherecht zu fordern. Diese Kritik an der Organisationsform des Warschauer Paktes, die zu einer Verschlechterung der Beziehungen zur Sowjetunion führen mußte, war der eingestan-dene Grund der Verurteilung. Das gab ein Armee-sprecher nach dem Prozeß bekannt.

In der CSSR zerbricht man sich nun den Kopf, wer von den gestürzten Führern des Reform-kommunismus als nächster vor Gericht gestellt werden wird. Geht man von den Presseangriffen aus, die sich zur Zeit häufen, so müßte Smrkow-sky an erster Stelle stehen, hat er doch im Jahre 1968 einige Leute, die jetzt wieder am Ruder sind, scharf kritisiert. Smrkowsky ist aber, wie sich un-längst beim Begräbnis des Schriftstellers Pro-chazka gezeigt hat, sehr krank, er muß an zwei Stöcken gehen. Als zweiter steht der frühere Ministerpräsident Cernik in der Schußlinie, ein Schwächling, der mit jeder Bewegung mitgehoppst ist, zuerst mit Dubcek, dann mit Husak, bis er schließlich auf Betreiben der Ultrastalisten ab-gesetzt und aus der Partei ausgeschlossen wurde. Prozesse können auf Grund der Angriffe in der KP-Presse noch genannt werden: Kriegel (Vor-sitzender der Nationalen Front, der im Parlament gegen die Stationierung russischer Truppen ge-stimmt hat), Spacek (südmährischer Kreissekre-tär, aus der Partei ausgeschlossen), Mlynar (Rechtsgelehrter und Insektenforscher), Sadovsky (früherer slowakischer Ministerpräsident und Zentralsekretär), Cisar (von der Jugend als Ge-

genkandidat gegen Svoboda gefordert), Slavik (ehemaliger Chefileologe der Partei).

Einzig die Erinnerung an die politischen Pro-zesse des Jahres 1952 könnte die derzeitigen Machthaber davon abschrecken, politische Mei-nungsverschiedenheiten von den Gerichten ahn-den zu lassen. Denn die seinerzeitige Säuberung wurde von ebendenselben Menschen in Gang ge-setzt, die später selbst als Verräter hingerichtet wurden: Generalsekretär Slansky, Sicherheits-minister Svab und die Sekretärin Slansky's, Jar-mila Taussigova. Man könnte sich auch jetzt, wenn einmal die Lawine ins Rollen gebracht ist, der Äußerungen erinnern, die der derzeitige Parteichef Husak und der derzeitige Ministerprä-sident Strougal gegen die Invasion der Russen von sich gegeben haben.

Vorbeugehaft

Als Antwort auf die zunehmende Opposition und zur Sicherung eines glatten Ablaufs der Vor-bereitungen des 14. Parteitages der tschechoslo-wakischen KP im Mai soll das Prager Politbüro beschlossen haben, für den Bedarfsfall führende Repräsentanten der Dubcek-Ära präventiv zu internieren, meldeten unter Berufung auf absolut verläßliche Quellen dieser Tage sowohl die Pa-riser Tageszeitung „Le Monde“ wie auch der Pressedienst des „Wiener Tagebuches“. Diesen Meldungen zufolge sollen die Internierten nicht vor Gericht gestellt, sondern lediglich isoliert wer-den.

Der Priesterstand ist auf 28 Prozent gesunken

Erstmals wieder Zahlenangaben über die Kirche in der Tschechoslowakei

Von Theologen der Olmützer Abteilung der Leitmeritzer theologischen Fakultät ist dieser Tage eine private Broschüre herausgegeben worden, die nach vielen Jahren erstmals verlässliche Zahlen über die Kirche in der Tschechoslowakei nennt. Die Broschüre beginnt mit der Aufzählung der 14 Kirchengebiete (Diözesen, Administraturen) und nennt die Zahl der Priester. Im ganzen Lande gibt es demnach 3532 Priester und 561 solche, die wegen Alters, Krankheit oder fehlender Zulassung nicht mehr aktiv in der Seelsorge tätig sind. Von den erwähnten Priestern sind 983 in Böhmen, 1030 in Mähren und 1519 in der Slowakei tätig. Die meisten Priester hat die Olmützer Erzdiözese, nämlich 550. Dann folgen die Diözesen Tournai mit 524, die von Brünn mit 401, von Prag mit 330, von Königgrätz mit 274, die Budweiser Diözese mit 210, die unierte Diözese von Presov mit 197, die von Neutra mit 196, von Kaschau mit 195, das Kapitel von Zips mit 182, die Diözese Leitmeritz mit nur 169, die von Banska Bystrica (Neusohl) mit 130, die Diözese Rosenberg mit 95 und Teschen mit 79 Priestern.

Von den 2175 Pfarreien sind in Böhmen der Broschüre zufolge 1239 nicht besetzt. Die Zahl der in Leitmeritz und in der Abteilung von Leitmeritz in Olmütz studierenden Theologen wird mit 270 angegeben, der in Preßburg inskribierten mit 291.

Aus diesen Zahlenangaben ergibt sich, daß allein im Bereich der tschechischen Republik die Zahl der Priester auf weniger als 28 Prozent abgesunken ist. Aus der Zeit der Monarchie steht uns noch eine Statistik aus dem Jahre 1909 zur Verfügung. Nach dieser waren in der Prager Kirchenprovinz in den Diözesen Prag, Leitmeritz, Königgrätz und Budweis 4488 Welt- und Ordenspriester tätig, in der Kirchenprovinz Olmütz mit den Bistümern Olmütz und Brünn 2549, im österreichischen Anteil der Kirchenprovinz Breslau 221, zusammen also 7258 Priester. Nunmehr ist ihre Zahl auf 2013 gesunken. Ganz katastrophal sind die Vergleiche in den einzelnen Diözesen: Prag

gen Monaten zur Verfügung. Die Prager „Abendzeitung“ hielt den Verantwortlichen eine Verordnungsunter die Nase, in der die Verwendung fremdsprachiger Tafeln grundsätzlich verboten ist.

Säuberung im Film

Ein Film „Am helllichten Tage“, der in den kritischen Jahren 1968/69 spielt, soll aufzeigen, wo die Hintergründe mancher Erscheinungen von Massenpsychose lagen und wie sich verschiedene Charaktere der Menschen erkennen ließen. Das propagandistische Machwerk wird von regimetreuen Dramaturgen geplant.

Mangel an Medikamenten

Der Ausschuß des Tschechischen Nationalrates für Gesundheitswesen konstatierte, daß der gegenwärtige Stand der Versorgung mit Medikamenten unbefriedigend ist.

Bier schadet nicht

In Graupen erreichte der ehemalige Bergmann Josef Patzelt aus Hohenstein das 100. Lebensjahr. Er wurde an seinem 100. Geburtstag zum Ehrenbürger von Graupen ernannt. In früheren Jahren war er Musikant, er spielte an Samstagen und Sonntagen zum Tanze auf. 110 Biere bei solchen Unterhaltungen, die auch zwei Tage dauern konnten, waren keine Seltenheit, erzählte er.

Sudetendeutsche als Kellner

In Zwickau in Sachsen wird das Gablonzer Gaststättenunternehmen ein tschechisches Restaurant einrichten. Außer tschechischen Köchen und Kellnern werden dort auch „DDR-Bürger“ angestellt, die früher in der CSR lebten, also vertriebene Sudetendeutsche.

Ostblock - Geflüster

Kennen Sie die „teuerste“ Sprache der Welt? — Für 2000 Worte bekamen die Tschechen 6000 Sowjetpanzer sowie Munition und Besatzung!

Gustav Husak zum Künstler: „Ich zeichne Sie als einen der besten Komiker der CSSR aus — und wünsche Ihnen, daß die Bevölkerung noch lange über Sie lacht.“ — Der Künstler zu Husak: „Danke, gleichfalls...“

Wissen Sie, daß es in Prag keine Mathäser-Dult mehr gibt? — Das Karussell dreht sich auf der Burg, die Komödianten fahren nach Moskau.

Die Sowjets sind unsere Brüder. Freunde kann man sich aussuchen!

Was die Prager von Karel Gott am liebsten hören „Die Welt war schön“ — „Traummusik“ — „Weißt du, wohin?“ — „Das geht vorbei“ — „Warum müssen Jahre vergehen?“

Kohle, Koks, Braunkohlenbriketts, Holzbriketts

Traninger-HOLZ

ELAN-OFENÖL

9021 Klagenfurt, Rudolfsbahngürtel 1
Telephon 85 5 95

Stadtgeschäft: Lidmanskýgasse 49
Telephon 83 8 85

330 statt 1627, Leitmeritz 169 statt 808, Königgrätz 274 statt 1100, Budweis 210 statt 966, Olmütz 550 statt 1643, Brünn 401 statt 906. Der mährische Teil hat sich demnach religiös widerstandsfähiger gehalten als der böhmische.

Landwirtschaft schnitt schlecht ab

Die tschechoslowakischen landwirtschaftlichen Genossenschaften, die von der 7,1 Mio. ha umfassenden landwirtschaftlichen Nutzfläche rund 4 Mio. ha bewirtschaften, haben im vergangenen Jahr, wie sich jetzt aus Veröffentlichungen der Fachpresse ergibt, in der pflanzlichen Produktion hinsichtlich des wirtschaftlichen Ergebnisses schlechter abgeschnitten als im vorangegangenen Jahr 1969. Die Erträge sind von 18,8 auf 17,8 Mrd. Kronen abgefallen, während bei den tierischen Produkten ein Anstieg von 17,8 auf 18,5 erreicht wurde. Das Gesamtergebnis war mit 36,3 Mrd. Kronen genau so groß wie im Jahre 1969. Dagegen sind die Materialkosten und sonstigen Aufwendungen ganz erheblich gestiegen, von 18,7 auf 20,5 Mrd. Kronen bei gleichbleibenden Löhnen und Entgelten mit 12,6 Mrd. Kronen. Infolge dieser Entwicklung lag das Roheinkommen der Genossenschaften um 3,7 Prozent unter dem des Jahres 1969.

Umsätze unerwartet niedrig

Der Handelsminister für die böhmischen Länder hat in einem Rundfunkinterview mitgeteilt, daß die Umsätze in den Einzelhandelsbetrieben um 700 Millionen Kronen niedriger lagen, als erwartet worden war. Diese Entwicklung habe mehrere Ursachen. Zunächst angeblich eine positive: Da sich die wirtschaftliche Lage konsolidiert habe, sei ein Nachlassen der Nachfrage ganz natürlich, meinte der Minister, der offensichtlich von dieser „Konsolidierung“ selbst überrascht worden ist. Ein anderer Grund sei der, daß der Einzelhandel nicht in ausreichendem Umfang neue und interessante Erzeugnisse anzubieten habe; ein weiterer der, daß — was der Minister offensichtlich auch noch nicht wußte — die Gehälter und Löhne wesentlich langsamer gestiegen sind als in der gleichen Zeitspanne der beiden Vorjahre. Als ausgesprochen kompliziert bezeichnete er die Lage auf dem Textil- und Möbelmarkt. Die Kaufhäuser hätten in den ersten drei Monaten dieses Jahres sogar noch erheblich weniger umgesetzt als im Vergleichszeitraum 1970.

Proteste gegen deutschen Wegweiser

Hinter der Motorradfabrik in Prag-Pangrätz, an der Prager Ausfallstraße nach Beneschau, ist ein Straßenschild entdeckt worden, mit dem die Autofahrer in tschechischer und deutscher Sprache darauf hingewiesen werden, daß nach ein paar Metern ein Fußgängerübergang folgt. Die zuständigen Referatsleiter der Stadt wurden sofort mit Anfragen bombardiert, wie denn so etwas überhaupt passieren könne, da auf dieser Straße doch auch Wagen aus der Sowjetunion, Ungarn und Bulgarien verkehrten und solche Tafeln „unangenehme Erinnerungen“ hervorrufen müßten. Der Verkehrsreferent Ing. Charvat gab zu, daß dies zwar keine gute Lösung sei, man aber im Hinblick auf die auf dieser Straße fahrenden vielen Österreicher und Bundesdeutschen durch diesen Hinweis nur die eigenen Bürger schützen wolle. Selbstverständlich werde hier eine Ampel montiert. Nur stehe diese erst in eini-



An die Spitze des Staates: Der Mann, den Österreich braucht!

Österreich braucht in den kommenden sechs Jahren an seiner Spitze einen Mann, der den Aufgaben von morgen voll gewachsen ist.

Einen Mann mit dynamischer Persönlichkeit und den besten internationalen Kontakten. Denn der Mann, der 1971–1977 an der Spitze des Staates steht, muß Österreichs Chancen in der Welt verbessern. Weiters wird diesem Mann in einer Zeit wechselnder Mehrheitsverhältnisse die wichtige Aufgabe zukommen, dafür zu sorgen, daß keine Partei an die Wand gespielt wird — auch Ihre nicht.

Dr. Kurt Waldheim ist dieser Mann und man glaubt ihm, wenn er sagt:

Ich möchte mit allen Gruppen der Bevölkerung lebendigen Kontakt halten und werde für Sauberkeit im öffentlichen Leben eintreten. Ich werde mich um die Sorgen der Bevölkerung kümmern und zu allen Lebensfragen unseres Volkes Stellung nehmen.

Wählen Sie am 25. April Dr. Kurt Waldheim. Er hat alle Voraussetzungen für dieses Amt. Dr. Kurt Waldheim.

Dr. Kurt Waldheim
Für 1971-1977
Ein Präsident neuen Stils

Ein Freund der „Sudetenpost“, Herr Franz Hübl in Murau (Steiermark), gab uns Einblick in einen großen Buchband, „Sudetendeutsche im Weltkrieg 1914–18“, herausgegeben von Konrad Leppa in Budweis im Jahre 1939. Der 570 Folio-Textseiten und 250 Bilder und 88 Pläne umfassende Band rühmt in einer Reihe von Einzeldarstellungen die Leistungen sudetendeutscher Regimenter im ersten Weltkrieg und nennt auch die hohen sudetendeutschen Kriegsverluste. Wir entnehmen diesem Erinnerungsbuch folgende Angaben über den Aufbau der Wehrmacht in den Sudetenländern, Angaben, die auch die Erinnerung vom starken deutschen Charakter dieser Länder erwecken.

Vor dem Weltkrieg wohnten in den Kronländern der österreichisch-ungarischen Monarchie Böhmen, Mähren und Schlesien — nach dem durchziehenden Gebirgszug der Sudeten die Sudetenländer genannt — 3.512.682 Deutsche. Von diesen dreieinhalb Millionen Sudetendeutschen entfielen 2.467.724 Seelen auf das Königreich Böhmen, wo sie 36,76 Prozent der Bevölkerung ausmachten. Weitere 719.435 Köpfe oder 27,62 Prozent der Einwohnerschaft des Landes lebten in der Markgrafschaft Mähren. 325.523 Deutsche aber waren im Herzogtum Schlesien beheimatet und stellten hier 43,90 Prozent unter der Einwohnerzahl. Im weiten Bogen um jene drei Länder spannte sich der Siedlungsraum der Sudetendeutschen. Von Bielitz in Ostschlesien zog sich das sudetendeutsche Gebiet über Teschen, Neutitschein und Olmütz, dann über Mährisch-Trübau gegen Landskron der böhmischen Grenze zu. Hier behauptete sich das Deutschtum in Senftenberg, Königinhof und Trautenau und schob sich dann über Reichenberg und Böhmisches-Leipa an die Elbe bei Raudnitz vor. Laun, Rakonitz und Pilsen bildeten weiterhin die äußersten Grenzen des böhmischen Deutschtums, bis schließlich der Böhmerwaldgau mit Prachatitz, Budweis und Neubitz die deutsche Wacht im Böhmerland übernahm. Daran schloß sich das deutsche Südmähren mit Znaim, Brünn und Nikolsburg. Vorgehoben, auf eiserner Volkstumswacht, lagen die großen Sprachinseln Prag und Iglau im fremdvölkischen Meer.

Das Land der Sudetendeutschen entfiel nach der österreichisch-ungarischen Wehrordnung auf die Bereiche der Militärkommanden Krakau, Wien, Prag und Leitmeritz, soweit sie das kaiserliche und königliche österreichisch-ungarische Heer betraf, und auf die Landwehrkommanden in den gleichen vier Städten, sobald es sich um die Zugehörigkeit zur kaiserlich-königlichen österreichischen Landwehr handelte.

Zum Militär-Territorialkommando **K r a k a u** — der kommandierende General war gleichzeitig Kommandant des 1. Korps daselbst — gehörten Schlesiens und Nordmährens sudetendeutsche Gebiete. Sie umfaßten die Heeres-Ergänzungsbezirke:

Troppau (die deutschen Bezirkshauptmannschaften Freiwaldau, Jägerndorf, Freudenthal, Troppau, Wagstadt!);

Mährisch-Schönberg (die deutschen Bezirkshauptmannschaften Mährisch-Schönberg, Hohenstadt, Römerstadt, Mährisch-Trübau und die gemischte Bezirkshauptmannschaft Littau);

Teschen (die deutschen Bezirkshauptmannschaften Bielitz, Freistadt, Neutitschein und die gemischten Bezirkshauptmannschaften Mährisch-Ostau, Friedek, Mistek und Teschen).

Das Militär-Territorialkommando **W i e n** — zugleich Kommando des 2. Korps — rechnete die südmährischen Heeres-Ergänzungsbezirke in seinen Bereich:

Znaim (die deutschen Bezirkshauptmannschaften Znaim und Nikolsburg, dann die gemischten Auspitz, Mährisch-Budwitz und Mährisch-Kromau);

Iglau (der deutsche Bezirk Iglau und die gemischten Bezirkshauptmannschaften Datschitz, Groß-Meseritsch, Trebisch und Neustadt!);

Brünn (die gemischten Bezirkshauptmannschaften Brünn und Wischau und die tschechischen Tischnowitz und Boskowitz!);

Sudetendeutsche Buchhandlung

Heinr. Rimanek (früher Mähr.-Ostau)
1070 Wien, Kaiserstraße 6, Tel. 02 22/93 38 764

Fachbuchhandlung für Schrifttum aus den Ostgebieten, Militaria, Politik, spezialisiert für den 1. und 2. Weltkrieg. Sämtliche Neuerscheinungen.

Kremsier (die tschechischen Bezirke Walschisch-Meseritsch, Wsetin, Holleschau, Kremsier, Ungarisch-Hradisch, Ungarisch-Brod, Gaya und der gemischte Bezirk Göding).

Das Land Böhmen stellte die beiden Territorialkommanden Prag (8. Korps) und Leitmeritz (9. Korps). Das südwestliche Böhmen mit den Heeres-Ergänzungsbezirken Eger, Pilsen, Budweis, Beraun, Neuhaus, Pisek, Beneschau und Prag fiel Prag zu:

Eger (die deutschen Bezirkshauptmannschaften Neudek, Graslitz, Karlsbad, Elbogen, Falkenau, Asch, Eger, Tepl, Marienbad, Plan, Tachau);

Pilsen (die deutschen Bezirkshauptmannschaften Mies und Bischofteinitz, die gemischten Pilsen und Taus, ferner die tschechische Prestitz);

Budweis (die deutschen Bezirkshauptmannschaften Kaplitz, Krumm- und Prachatitz, die gemischte Budweis und die tschechische Moldautein);

Beraun (die deutschen Bezirkshauptmannschaften Podersam und Luditz, die gemischten

Schlag auf im Buch der Geschichte!

Die Sudetendeutschen im Weltkrieg 1914-1918

Rakonitz und Kralowitz und die tschechischen Beraun und Horowitz);

Neuhaus (die deutsche Bezirkshauptmannschaft Neuhaus und die tschechischen Tabor, Pilgram, Kamnitz und Wittingau);

Pisek (die gemischten Bezirkshauptmannschaften Klattau und Schüttenhofen, die tschechischen Pisek, Strakonitz, Blatna);

Beneschau (die tschechischen Bezirkshauptmannschaften Beneschau, Pribram, Seltschau und Mühlhausen);

Prag (die tschechischen Bezirke Stadt und Land Prag, Brandeis, Melnik, Kladno und die gemischten Schlan und Kraup).

Das nordöstliche Böhmen mit den Ergänzungsbezirken Komotau, Theresienstadt, Turna, Gitschin, Königgrätz, Hohenmuth, Tschaslau und Jungbunzlau war dem Militärkommando Leitmeritz unterstellt.

Komotau (die deutschen Bezirkshauptmannschaften St. Joachimsthal, Kaaden, Preßnitz, Komotau, Saaz, Teplitz und die gemischten Brünn, Dux und Laun);

Theresienstadt (die deutschen Bezirkshauptmannschaften Aussig, Schluckenau, Rumburg, Warnsdorf, Tetschen, Leitmeritz und die gemischte Raudnitz);

Turnau (die deutschen Bezirkshauptmannschaften Friedland, Gablonz, Reichenberg, Deutsch-Gabel, Böhmisches-Leipa und Dauba und die tschechischen Turnau und Münchengrätz);

Gitschin (die deutschen Bezirkshauptmannschaften Trautenau und Hohenelbe, die gemischten Starkenbach und Semil und die tschechischen Neu-Paka und Gitschin);

Königgrätz (der deutsche Bezirk Braunau, die gemischten Königinhof, Neustadt und Reichenau und die tschechischen Nachod und Königgrätz);

Hohenmuth (die deutschen Bezirkshauptmannschaften Senftenberg und Landskron, die gemischten Leitomischl und Pilschka und die tschechischen Pardubitz und Hohenmuth);

Tschaslau (die tschechischen Bezirke Tschaslau, Chotebor, Ledetsch, Deutsch-Brod und Gumpolds);

Jungbunzlau (die tschechischen Bezirke Jungbunzlau, Neu-Bidschow, Podebrad, Böhmisches-Brod, Kolin und Kuttenberg).

Die Sudetendeutschen stellten den Ersatz für 24 Infanterieregimenter, 9 Feldjägerbataillone, 10 Reiterregimenter, 15 Feldartillerieregimenter, 2 schwere Artillerieabteilungen, 1 reitende Artillerieabteilung, 1 Gebirgsartillerieregiment, 1 Festungsartillerieregiment, 3 Festungsartilleriebataillone, 3 Sappeurbataillone, 2 Pionierbataillone, 3 Trainabteilungen und die Verkehrsgruppe des Heeres, ferner für 14 1/2 Schützenregimenter, 4 Reiterregimenter und 10 Artillerieabteilungen der Landwehr und schließlich auch zur k. u. k. Kriegsmarine.

Zu den Infanterieregimentern zählten die Regimenter 1 (Troppau), 3 (Kremsier), 8 (Brünn), 11 (Pisek), 18 (Königgrätz), 21 (Tschaslau), 28 (Prag), 35 (Pilsen), 42 (Theresienstadt), 54 (Olmütz), 73 (Eger), 74 (Gitschin), 75 (Neuhaus), 81 (Iglau), 88 (Beraun), 91 (Budweis), 92 (Komotau), 93 (Mährisch-Schönberg), 94 (Turnau), 98 (Hohenmuth), 99 (Znaim), 100 (Teschen), 102 (Beneschau). Von diesen Regimentern hatten die 73er 97 Deutsche auf 100 Soldaten, die 102er 91, die 92er 90, die 42er 86, die 102er 82. Mehrheitlich deutsch war der Ersatz auch bei den 93ern und 99ern (je 60 Prozent). Als fast rein tschechisch mit 95 Prozent Tschechen mußten die Prager (28) und Jungbunzlauer (36) angesprochen werden.

Unter den Feldjägern konnten die Bataillone 1 (Theresienstadt) und 16 (Troppau) als mehrheitlich deutsch bezeichnet werden, beim Bataillon 22 (Eger) hielten sich Deutsche und Tschechen die Waage.

Von der Reiterei waren 9 Dragoner- und ein Ulanenregiment in den drei Kronländern stationiert, und zwar die Dragonerregimenter 1 (Brüx), 2 (Ersatzkader Wiesengrund), 7 (Altbunzlau), 8 (Pardubitz), 6 (Brünn), 10 (Neuhaus), 12 (Olmütz), 13 (Klattau), 14 (Theresienstadt), Ulanenregiment II. (Theresienstadt). Mehrheitlich deutsch waren nur die 7er, an die Hälfte kamen die 13er heran.

Ähnlich lagen die Nationalitätenverhältnisse bei der Artillerie, überall wurden die Deutschen durch Tschechen stark durchsetzt. Das Feldkanonenregiment 4 in Wien hatte 83 Deutsche, das Pilsener Feldkanonenregiment 22 deren 60, das Theresienstädter FK 26 55. Mit 67 Deutschen unter 100 konnte das Feldhaubitzenregiment 2 (Standort Wien) als deutsch bezeichnet werden,

mehrheitlich deutsch waren die Reitende Artillerieabteilung 9 in Pardubitz, die Schwere Feldhaubitzenabteilung 8 in Wien. Von den Gebirgs- und Festungsartillerietruppen, den Sappeuren und Pionieren hatte keine den Standort in den böhmischen Ländern.

Für die Landwehr lassen sich keine Angaben über den Anteil der Sudetendeutschen machen.

Der sudetendeutsche Blutzoll

Der Blutzoll der Sudetendeutschen im ersten Weltkrieg war enorm. Lagen nach einer bis zum 31. Dezember 1917 reichenden Auszählung der Totenverluste die deutschen Gebiete mit ihren Kriegsverlusten in ganz Österreich mit 29,1 Toten auf 1000 Einwohner an der Spitze, so lag in den Sudetenländern die Stadt Friedek mit 460 Toten (77,2 Promille) an der Spitze! Znaim folgte mit 64,4 Promille. Am stärksten bluteten die deutschen Bezirke Mährens mit 44,4 Promille am Anteil der Kriegstoten, Deutschböhmen mit 34,5 v. T. (Die Alpenländer bewegten sich zwischen 22,5 und 33,9.) Die rein deutschen Bezirke Böhmens wiesen auf 1000 Köpfe der Einwohner 34,5 Tote auf, die rein deutschen Gebiete Mährens hatten 44,4 Tote auf 1000 Bewohner, die rein deutschen Schlesiens 29. Unter den Bezirken mit den geringsten Totenanteilen finden sich die rein tschechischen Bezirke Schlan und Tabor, aber kein einziger sudetendeutscher! Die ganz deutschen Bezirke in Böhmen mit einer Einwohnerzahl von 1.703.661 verloren bis zum 31. Dezember 1917 58.740 Tote, vier deutsche Bezirke Mährens mit 229.332 Einwohnern hatten 10.189 Tote zu beklagen, drei deutsche Bezirke und zwei autonome Städte Schlesiens 6952.

Gedenktage im April

Am 10. April 1877 wurde Alfred Kubin, Zeichner und Illustrator, in Leitmeritz geboren. Er hat in seinem eigenartigen Zeichenstil, der damals als eine neue Richtung aufgefaßt wurde, immer das Grausige, Gespenstige und Phantastische dargestellt. Er betätigte sich auch als Schriftsteller und sein im Jahre 1909 erschienener Roman „Die andere Seite“ wurde ein vielgelesenes Buch.

Am 7. April 1348 wurde durch Kaiser Karl IV. die erste deutsche Universität in Prag gegründet. Karl wurde am 14. Mai 1316 in Prag als Sohn des Königs Johann geboren und starb auch dort am 29. Februar 1378. Einen Großteil seiner Jugend verbrachte er wohl in Italien, seine Erziehung jedoch genoß er auf der Burg zu Elbogen an der Eger. Auf einer seiner Jagden in der Umgebung dieser Burg stieß er auf den heute in der ganzen Welt bekannten heißen Sprudel (73 Grad C) an der Tepl, der zur späteren Gründung des reindeutschen Weltkurortes Karlsbad führte. Seine größte Tat jedoch war wohl die Gründung der Karls-Universität in Prag.

Am 24. April 1873 wurde in Komorn der nachmalige Generalstabler und österreichische Bundespräsident General Theodor Körner geboren, der seine Jugend- und Schulzeit in Reichenberg verbrachte, wo er auch noch die alte Oberrealschule am Bismarckplatz absolvierte. Sein Tod trat überraschend am 4. Jänner 1957 ein.

Am 28. April 1874 wurde der Schriftsteller Karl Kraus in Jitschin in Böhmen geboren. Durch die Herausgabe seiner Zeitschrift „Die Fackel“ in Wien hat er viele Feinde, aber auch Bewunderer gewonnen. Namentlich die österreichischen Verhältnisse griff er ständig in fast allen seinen Auslassungen mit scharfer Feder an. Karl Kraus wird zu den gewandtesten Stilisten gezählt.

Am 29. April 1885 wurde in Prag der Journalist und „rasende Reporter“ Egon Erwin Kisch geboren. Er starb während des zweiten Weltkrieges in der Emigration.

Am 30. April 1870 wurde in Komorn der berühmte Komponist Franz Lehár geboren. Lehárs Vater, aus Mähren stammend, war in Komorn als Militärkapellmeister garnisoniert. Komorn selbst, am linken Donauufer slowakisch, am rechten ungarisch, hatte damals auch eine starke deutsche Minderheit. Die Ausbildung zum Musiker und Komponisten erhielt Franz Lehár am Prager Konservatorium. Seine Operetten gingen in allen Sprachen über die ganze Welt. Sie zählen wie zu seinen Lebzeiten noch immer als Prunkstücke der Operettentheater und der Konzertprogramme. Lehár schloß in seiner seither zum Museum gewordenen Villa in Ischl 1948 für immer die Augen.

Kulturnachrichten

Vortrag von Erwin Zajicek

Der mehrmals angekündigte Vortrag „Wir wollen Wegbereiter einer besseren Zukunft sein“ ist für Freitag, 7. Mai, 19 Uhr, in der Volkshochschule Wien-West, 7. Bezirk, Zollergasse 41, angesetzt (zu erreichen mit der Straßenbahnlinie 49 und dem Autobus 13). Der Eintritt ist frei. Um eine freiwillige Spende wird gebeten. Allen Landsleuten sind herzlich eingeladen.

Zu den Quellen europäischer Kunst

Der Südmährer Prof. Carl Unger stellt in der Linzer MAERZ-Galerie aus

Auf internationalen Foren zeitgenössischer Kunst ist der 1915 in Wolframitzkirchen bei Znaim geborene Boeckl-Schüler Carl Unger ein ständiger Gast. Die Ausstellung seiner Ölbilder und Aquarelle, die jetzt in der MAERZ-Galerie am Linzer Taubenmarkt zu sehen ist, folgt einer Exposition in der Neuen Galerie der Stadt Linz im Jahre 1959. 19 Ölbilder und 18 Aquarelle von 1947 bis 1970 geben einen Querschnitt durch ein malerisches Schaffen, dessen Entwicklung eine unaufhörliche Auseinandersetzung mit der Natur und deren künstlerische Umsetzung in die Sprache unseres Jahrhunderts sein will.

Unger, Professor an der Wiener Hochschule für angewandte Kunst, sucht seine Wurzeln und seinen existentiellen Stand in der Kultur des mittelmittelmeerischen Raumes: er nimmt ägäische und ägyptische Eindrücke auf, um sie in ihre Elemente zu zerlegen und diese zu neuer Gestaltung zusammenzusetzen. Dieses Zusammensetzen aber wird nicht nur Verzicht auf Wiedergabe, sondern Abstraktion in neue Farblichkeit. Sowohl in den Ölgemälden als auch in den Aquarellen tritt die Notierung der Form oft zurück. Das Auswägen koloristischer Werte erscheint dem Künstler wichtiger als ein Spiel mit der wirklichen Gestalt. So leuchten sich die Impressionen der Mittelmeerlandschaft („Kretische Variationen“, „Mykonos“, „Sphinx“) zu malerisch-graphischen Gebilden, die nur durch Andeutungen an die Realität gebunden sind.

Bei einigen Bildern von den Badestränden an der Donau wird Wiener Atomsphäre beschworen. Ein sonniges Gelb dominiert; es aktiviert gleichsam das Geschehene, das selbst wiederum unwichtig wird im Spiel der Farben, im Spiel des Hellen mit dem Dunkel, das nur als Linie, niemals als Schatten erscheint. Die strengen Waagrechtlinien in verschiedenen Tönungen des „Galopprennplatzes“ unterteilt der Maler durch fünf Baumstämme und eine Anzahl belebender kurzer Senkrechten. Die jüngsten Bilder — etwa von „Stein an der Donau“ — gestatten einen Einblick in Carl Ungers verschiedenartige Varianten der Abstraktion.

Dazwischen ein „Don Quichotte“ aus dem Jahre 1947 und das Bildnis der Gattin aus dem Jahre 1964: hier nur Hervorhebung der Persönlichkeit ohne Berücksichtigung des ornamentalen Beiwerks, dort noch strenge, konturierte Form. Und daneben die Aquarelle, Notizen und Studien gleichzeitig, Experimente mit Farbgezeiten und verschiedenen Techniken, in Einzelheiten reich und immer zum Überdenken anregend, wie weit die Basen einer Kunst von heute hinabreichen. Wilhelm Formann

Hubert Partisch: „Österreicher aus sudetendeutschem Stamme“ VI. und VII. Band

In der Folge 6 der „Sudetenpost“ vom 26. März 1971 wurde auf das Erscheinen der oben angeführten Bände hingewiesen. Dem Verdienste von Hofrat Partisch wurden dabei Anerkennung und berechtigter Dank gezollt. Herzlicher Dank gebührt aber auch der Forschungs- und Kulturstelle der Österreicher aus dem Donau-, Sudeten- und Karpatenraum, Lerchenfelderstraße 14, 1080 Wien, und den Herren Doktor Gustav Fischer und Prof. Dr. Nikolaus Britz, die sich durch die Herausgabe des Werkes „Österreicher aus sudetendeutschem Stamme“ größtes Verdienste um die Belange der sudetendeutschen Volksgruppe erworben haben. Durch ihr Verständnis, ihre Anteilnahme und

Sudetendeutscher Betrieb

**Buchdruckerei
Fr. Sommer**

Drucksorten jeder Art

Inhaber: Ing. Otto und Rautgundis Spinka
3100 St. Pölten, Kremser Gasse 21

Ihre Mühewaltung wurde die Verwirklichung der von Hofrat Partisch vorgesehenen Planung erst möglich. Die Sudetendeutsche Landsmannschaft in Österreich und jeder Besitzer des Werkes kann sich in herzlicher Verbundenheit dieser Danksagung anschließen.

Dipl.-Ing. Karl Maschek

Ein Schlesier — Vorsitzender des Volksliedwerkes

Beim Bundesministerium für Unterricht besteht ein Arbeitsausschuß für das österreichische Volksliedwerk. Im Jänner ist der langjährige Leiter dieses Ausschusses, Hofrat Dr. Hans Commenda, verstorben. Nunmehr wurde als Nachfolger der Leiter der Abteilung „Heimatfunk“ beim Sender Linz des ORF, Dr. Rudolf Fochler, bestellt. Der neue Vorsitzende ist ein Schlesier und hat in der Zips im Unterrichtswesen und dann in Preßburg beim dortigen Rundfunk gewirkt. Das Volksliedwerk hat die riesige Hinterlassenschaft von Hofrat Commenda zu verarbeiten. Auch Hofrat Commendas Vorfahren stammten aus einem deutschen Dorf bei Preßburg. Dr. Fochler ist den Lesern der „Sudetenpost“ durch viele Beiträge über die Volkskunde bekannt. Einige Jahre hindurch sprach er als „Koppenvater“ zu der Leserschaft.

Tribüne der Meinungen

Sudetendeutscher Zuzug nach Wien

Zum Leserbrief in Ihrer Folge 7, „Zwei Wiener — ein Bemm“, erlaube ich mir folgendes beizutragen.

In genauen Prozentzahlen wird es ja schwer sein, festzustellen, ob mehr Tschechen oder Sudetendeutsche vor 1918 nach Wien gingen. Ich möchte als Beispiel den oberen Schönheimgstau (Landskron) anführen. Aus diesem Gebiet gingen aus fast jeder Familie Kinder in die Welt. Die Welt war Nordamerika und Österreich (besonders Wien). Den Bauernhof konnte nur immer ein Sohn übernehmen, ebenso war es bei den Gewerbetreibenden. Und selbstverständlich konnten nicht alle Arbeiterkinder in Landskron unterkommen, da es zu wenig Industrie gab. Bei meiner Mutter waren vier Kinder; ein Sohn bekam den Hof, zwei Söhne gingen nach Amerika (USA), ein Sohn wurde Arzt in Wien, und meine Mutter war mehrere Jahre in Nordamerika und in Wien in Stellung, bevor sie heiratete. Bei meinem Vater (zehn Kinder) waren alle im ganzen Sudetengebiet verstreut. Es ließ sich also keine feste Norm aufstellen. Die Stadt Landskron hatte zirka 6000 bis 7000 Einwohner.

Die Heimatgruppe der Landskroner in Wien hatte in der Zwischenkriegszeit ständig zwischen 900 bis 1000 Mitglieder. Prominente Landskroner waren: Fürstbischof Kardinal Piffel, Justizminister Reller (Thomigsdorf), der Schottenabt Peichl, Wenzel Müller von Thomamühl, oberster Maschinenbau- und Betriebsingenieur der k. u. k. Kriegsmarine (er wurde vom Kaiser geadelt). Sein Sohn, Korvettenkapitän Dagobert Müller, war der Erfinder des Luftpolstergleitbootes. In den zwanziger Jahren nahm die Auswanderung bedenkliche Formen an, so daß die Landskroner Zeitung „Deutsche Grenzschutz“ 1920 schrieb, die Landwirte und Gewerbetreibenden sollten doch ihren Besitz nicht verkaufen, sondern in der Heimat bleiben, durch ihren Abzug werde der Tschechisierung ja nur Vorschub geleistet. Gegenwärtig hat die Heimatgruppe Landskron in Wien noch etwa 200 Mitglieder. Zu erwähen wäre noch, daß ja nur ein Bruchteil der Landsleute in den Heimatgruppen erfaßt ist, schon aus dem einfachen Grund, weil sie auf ganz Österreich verstreut sind. Es ist klar, daß in anderen Gegenden die Dinge wieder anders liegen werden.

Gustav Müller, Wien XXI

Lastenausgleich in Österreich

Dieses Thema, dieses Unrecht an uns Vertriebenen in Österreich, wurde in unserer Vertriebenenpresse schon so oft behandelt, und heute — 25 Jahre nach der Vertreibung — stehen wir noch dort, wo man sagen muß, wir stehen erst am Beginn! Was wurde da nicht schon gesprochen und geschrieben, besonders die „Sudetenpost“ hat sich intensiv damit befaßt. Herr Major Michel hat in anerkennenswerter Weise vor den Parlamentswahlen in Österreich vor dem 1. März 1970 allen wahlwerbenden Parteien und Kandidaten einen Fragebogen mit den Forderungen der Vertriebenen zur Beantwortung und Stellungnahme vorgelegt. Mit ihrer Unterschrift haben die Herren Kreisky, Pittermann, Withalm, Klaus, Peter, Zeilinger, Tull usw. bestätigt, für die berechtigten Forderungen der Vertriebenen, in erster Linie für den Lastenausgleich in dem Ausmaß, wie Deutschland diese Frage gelöst hat, auch in Österreich einzutreten. Würden doch die Heimatvertriebenen von Deutschland aus, ganz gleich, wohin das Schicksal sie verschlagen hat, in den Lastenausgleich einbezogen und entschädigt. Nur wir in Österreich sind gezwungen, 26 Jahre nach der Vertreibung diesen Kampf weiterführen zu müssen. Am Südmährer-Treffen 1969 in Geislingen hat Herr Dr. Herbert Czaja dieses Thema ausführlich behandelt und die Ausklammerung der Vertriebenen in Österreich als das entschiedenste verurteilt und die Gleichstellung mit den Leidensgenossen in aller Welt gefordert. Ich fühle mich als einziger aus Österreich von diesen Ausführungen so angesprochen, daß ich mich sofort zu Wort meldete, den Feststellungen von Herrn Dr. Czaja beipflichtete und eine Weiterbehandlung dieser Materie von allen maßgebenden Stellen forderte. Dazu will ich noch bemerken, daß Herr Dr. Czaja Mitglied des Bundestages und heute Präsident aller Vertriebenenverbände ist. Wir finden in ihm einen berufenen Anwalt, um unseren gestellten Forderungen zu einem Durchbruch zu verhelfen.

Im September 1969 hat am Sudetendeutschen Heimtag in Wien im großen Saal des Konzerthauses Herr Regierungsrat Machunze über die Forderungen der Vertriebenen in Österreich und deren Gleichstellung mit den Leidensgenossen in aller Welt hinreichend gesprochen. Ein Jahr danach im September 1970 wurde das Sudetendeutsche Heimattreffen in der Patenstadt der Sudetendeutschen in Klosterneuburg abgehalten, wobei fast jeder Redner in seinen Forderungen die berechtigten Wünsche der Vertriebenen, in erster Linie die Entschädigung im Sinne des Lastenausgleiches, zur Diskussion stellte.

Die Verlängerung bzw. Neuöffnung der Anmeldefrist bis 31. Dezember 1972 erstreckt sich nur auf jene Fälle, welche in der Entschädigung für Inventar und Betriebsmittel aus irgend einem Grund nicht zum Zug kamen.

Es muß nun abermals eine Feststellung des Verlustes von Haus- und Grundbesitz gemacht werden, und hier müssen alle Vertriebenen in Österreich in Betracht kommen, unabhängig davon, ob sie nach der Vertreibung in Deutschland waren oder nicht. Auch der Nachweis, daß der Geschädigte sich um die Ausreise nach Deutschland bemüht hat, ist belanglos. Der Anspruch auf Entschädigung muß eben auf alle Geschädigten bezogen werden.

In der „Sudetenpost“ vom 26. Februar 1971 ist wieder die Rede vom „Schiedsgericht“, das die Auslegung des „Kreuznacher Abkommens“ behandeln soll. Wir sind überzeugt, daß auch diese Entscheidung positiv für uns ausfallen muß. Wir müssen natürlich auf eine parlamentarische Behandlung drängen, haben doch auch alle sozialistischen Parlamentarier, die heute die Regierung bilden, vor der Wahl mit ihrer Unterschrift bestätigt, für eine gerechte Lösung dieses Problems einzutreten und um die Stimmen der Vertriebenen geworben. Die Regierung Kreisky ist nun schon ein volles Jahr in Tätigkeit und ist mit dringenden Problemen so ausgelastet, daß für unsere Belange keine Zeit bleibt.

Die bevorstehenden Verhandlungen der deutschen Bundesregierung mit Prag, die Debatten über das Abkommen von München, die Vermögensverhandlungen der österreichischen Bundesregierung mit der Regierung in Prag werden an unserer Lage nichts ändern, solange die Tschechen Befehlspfeifer aus Moskau sind.

Wir hoffen und erwarten, daß nach der Präsidentenwahl sich die innerpolitischen Verhältnisse beruhigen werden und dann ein Klima sich

abzeichnet, wo eine gedeihliche parlamentarische Arbeit möglich sein wird und dann auch unser Problem einer Lösung zugeführt werden kann. Freilich müssen dann unsere Vertreter endlich ein gemeinsames Konzept erstellen und nicht in endlosen Debatten unnütze Zeit vergeuden. Gesprochen und geschrieben wurde so viel in den vergangenen Jahren, wir wollen nun endlich Taten sehen. Bis jetzt ist bloß durchgesickert, daß ein parlamentarischer Ausschuß zu bilden ist, der die weiteren Erhebungen führen und in die Wege leiten soll. Persönlich hat mir Herr Regierungsrat Machunze mitgeteilt, daß er selbst diesem parlamentarischen Ausschuß angehören wird.

H. Kellner, Reidling



Wien

Dringende Bitte an alle Schriftführer

Immer wieder muß die Redaktion bitten, mit der Einsendung der Berichte und Ankündigungen nicht bis zum letzten Tag vor dem Redaktionsschluß zu warten. Es ist unmöglich, alle Berichte gleichzeitig an die Druckerei zu geben. Bitte, berücksichtigen Sie doch endlich diesen oft schon geäußerten Wunsch der Redaktion. Berichte, die erst im letzten Moment hereinkommen, müßten sonst radikal gekürzt werden.

Bund der Erzgebirger

Wir veranstalten am 8. Mai um 15 Uhr in Maria-Sorg-Greifenstein unsere Muttertagsfeier, zu der alle Mitglieder und Freunde herzlich eingeladen werden. Ein Autobus wird die Teilnehmer rechtzeitig an Ort und Stelle bringen. Die Abfahrt erfolgt pünktlich um 14 Uhr ab Votivkirche.

Die Teilnehmer an dieser Autofahrt mögen sich bis 24. April bei Lm. Herget, Tel. 22 28 542, 1222 Wien, Heckenweg 8, oder Lm. Franz Horrichter, Tel. 65 48 273, 1040 Wien, Mayerhofgasse Nr. 11, melden. Frauen haben selbstverständlich freie Fahrt, von den Männern ist ein Regiebeitrag zu leisten. Herr Pfarrer Krondorfer wird um 15 Uhr eine feierliche Maianacht abhalten. Anschließend wird unseren Frauen und Müttern im Gasthof Frummel eine gemütliche Jause geboten. Lm. Scherdeck wird sie, so wie im Vorjahr, mit seinem Liedervortrag erfreuen.

Wir werden uns bemühen, diesem Ehrentag der Mütter nicht nur einen besinnlichen, sondern auch einen vergnügten Rahmen zu geben. Wegen der Muttertagsfeier entfällt der Monatsabend für Mai.

Humanitärer Verein

Beim Vereinsabend am 4. April konnte Obmann Escher als Gast aus der BRD den Bruder unseres zweiten Kassiers Ing. Jilg mit Gattin begrüßen. Zur beabsichtigten Nichtigkeitsklärung des Münchner Abkommens hielt Kulturreferent Dressel einen ausführlichen Vortrag, der darin gipfelte, daß man unser Recht nicht völkerrechtswidrig verschachern kann, weil so jeder Vertrag zu einem wertlosen Fetzen Papier herabsinken würde. Der Obmann machte ganz besonders auf die Volksabstimmung für unsere „Sudetenpost“ aufmerksam und legte unseren Landsleuten den Bezug eindringlich ans Herz. Sodann beglückwünschte er die Geburtstagskinder des Monats April namentlich recht herzlich, darunter: Richard Schneider (85), Frida Haller (80), Ehrenmitglied Anni Hirsch (75), Adele Schler (80), Julie Just, langjähriges Leitungsmitglied (80), Dora Priglinger (80) und Wilhelmine Hauke (70). Den anwesenden Geburtstagskindern überreichte Obmannstellvertreter Vogel Heimatbilder der Vereinsleitung, den nicht anwesenden werden sie zugesandt. Frau Stöckler begeisterte unsere Landsleute mit ihrer herrlichen Stimme beim Vortrag von Wiener Liedern. Lm. Grabner zeigte uns einen Farbfilm von einer Seereise von Nordamerika nach Neuseeland, Australien bis nach Indonesien. Sehr viel Beifall war der

Dank für diese wunderbaren Aufnahmen. Kapellmeister Gruber konnte diesmal wieder unsere Landsleute mit stimmungsvoller Unterhaltungsmusik begeistern.

Neutitschein

Unser Landsmann Dr. Rudolf Kojetinsky vollendete am 17. April seinen 80. Geburtstag. Der „Verein der Neutitscheiner in Wien“ entbietet dem Jubilar auf diesem Wege die allerherzlichsten Glückwünsche, vor allem Gesundheit, und er möge das Leben als Witwer nicht so schwer nehmen und noch viele Jahre im Kreise seiner Kinder den wohlverdienten Ruhestand genießen. Bis zur Vertreibung war Dr. Kojetinsky durch viele Jahre als praktischer Arzt in Neutitschein tätig und erfreute sich besonderer Beliebtheit. Nach dem Krieg hatte er in Möllersdorf eine Praxis und lebt jetzt in Pfandl bei Bad Ischl, wo ihm die wunderschöne Umgebung das Heimweh nach Neutitschein etwas leichter ertragen läßt.

Riesengebirge in Wien

Wiederum mußte unsere Heimatgruppe den Verlust eines treuen Mitgliedes erleiden. Am 30. März wurde Frau Marie Scharf (Trautenaue) auf dem Hietzinger Friedhof zu Grabe getragen. Viele Landsleute, mit Ehrenobmann Dipl.-Ing. Gall und Obmann Rühl an der Spitze, gaben ihr das letzte Geleit, und ein schöner Kranz mit einer Schleife in den sudetendeutschen Farben war der letzte Gruß unserer Heimatgruppe. In der April-Versammlung hielt unser Obmann der Verstorbenen einen ehrenden Nachruf und die Anwesenden widmeten ihr ein stilles Gedenken.

In der Mai-Versammlung veranstalten wir eine schlichte Mütterehreung und erwarten einen regen Besuch.

Unser Autobusausflug nach Graz erfolgt bei jedem Wetter am 20. Mai. Abfahrt pünktlich um 6.30 Uhr, Autobusstandort vor der Karlskirche. Es sind nur noch einige Plätze frei.



Oberösterreich

Böhmerwälder in Oberösterreich

Bundestreffen in Passau

Zum Bundestreffen in Passau am 20. Juni wollen wir einen Bus einsetzen. Die Bahnverbindung ist ungünstig. Abfahrt ist für 6.30 Uhr ab Linz, Hauptplatz, geplant. Rückfahrt am Abend. Anmeldung bei allen Vorstandsmitgliedern oder direkt beim Verbandsobmann Hans Hager im Raiffeisenhof. Die Fahrtkosten betragen S 85.—. Bei der Anmeldung wäre der halbe Fahrpreis zu erlegen.

Der Bundespräsident hat dem in Wels (Ringstraße 1) seit Kriegsende wirkenden praktischen Arzt Dr. Hans Narbeshuber den Berufstitel Medizinrat verliehen. Dr. Narbeshuber entstammt einer Arztfamilie, sein Vater, ein weit bekannter Chirurg, war Chefarzt des Krankenhauses in Krumm/Moldau, sein Bruder ist Chefarzt des Krankenhauses in Freistadt. Herzlichen Glückwunsch!

Bruna Linz

Den angekündigten Besuch der Nürnberger „Bruna“ erwarteten unser Obmann, Ing. Ehrenberger, mit Lm. Marischler und Pokorny an der Stadtgrenze von Linz. Der Obmann begrüßte kurz die Gäste im Autobus und ließ sie herzlich willkommen. Dann lotste er sie durch die Stadt zum Hotel Prielmayrherhof, wo alle untergebracht wurden. Der Empfangsabend im Hotel war sehr rege besucht; über 100 Menschen fanden sich ein. Obmann Ehrenberger begrüßte herzlich die 45 Gäste, die uns zum Abschluß einer Österreich-Fahrt besuchten, namentlich den Obmannstellvertreter Gubsch und den Reiseleiter Ing. Otto Sopper. Von Wien war Lm. Schindler mitgekommen; auch er sowie Amtsrat Zahorka von der SLO wurden herzlich begrüßt. Landsmann Gubsch dankte für den Empfang, übermittelte uns die Grüße des erkrankten Obmannes der Bruna Nürnberg, Ing. Kolbe, und überreichte als Erinnerungsgeschenk einen Bildband von Albrecht Dürer.

Das Trio Mühlegger besorgte die musikalische Gestaltung des Abends. Zwischen den einzelnen Darbietungen konnten die Nürnberger und die Linzer Brüner Erinnerungen austauschen und auch neue Bekanntschaften schließen. Hier fand man sich bei der Nennung der vertrauten Stra-

Bennamen unserer Vaterstadt und der Tummelplätze der Jugend.

Zum Gelingen des Abends trug auch Landsmann Krättschmer bei, der wie einst in Brünn beim geselligen Beisammensein in vielen Runden mit klangvoller Stimme zu seiner Gitarre die alten Lieder von daheim vortrug. Damen der Bruna Linz reichten unseren Gästen, dem Osterbrauch gemäß, bunte Osterer — daheim gab's doch „Schmeckostern“!

Obmann Ehrenberger erinnerte uns an jene Brüner, die nicht wie wir das Glück hatten, ein neues Daheim zu finden, sondern auf den Straßen des Todesmarsches von den Austreibern in den Tod gejagt wurden und vorzeitig in die ewige Heimat eingingen; deren Grab- und Gedenkstätten in Niederösterreich zu ehren und zu schmücken sei für uns eine bleibende Pflicht. Die hiezu vom Obmann angeregte Sammlung erbrachte einen ansehnlichen Betrag, der zur Pflege und Schmückung der Grabstätten Verwendung finden wird. Trotz der anstrengenden Tage, die eine solche Reise mit sich bringt, saßen unsere Nürnberger Gäste bis zur Sperrstunde mit unseren Landsleuten beisammen. Amtsrat Zahorka äußerte seine Bewunderung über das nette Zusammengehörigkeitsgefühl beider Kreisverbände. Er dankte unserem Obmann für die Einladung und brachte zum Ausdruck, daß dieser Abend seiner Frau und ihm selbst noch lange in Erinnerung bleiben wird. Am Ostermontag um 14 Uhr nahmen die Gäste Abschied. Nochmals dankten alle Nürnberger für die herzliche Aufnahme.

Enns-Neugablonz

Die herzlichsten Glück- und Segenswünsche zum Geburtstag entbieten wir allen unseren Mitgliedern, besonders Albin Zappe aus Bad Schlag, Gürtlermeister in Enns, Gürtlerstraße 19, zum 50. Geburtstag am 12. April und Frau Rosa Stehr geborene Richter aus Gablonz, Große Luftgasse Nr. 15, in Enns, Fördermayrstraße 48, zum 87. Geburtstag am 29. April.

In der Ausgabe vom 26. März haben wir vom Ableben zweier Mitglieder unsere Trauer bekundet. Nach vor Ablauf des gleichen Monats folgte ein dritter Trauerfall. Am 28. März verschied nach langem Leiden Rudolf Hartig, Schlossermeister i. R. aus Hennesdorf bei Gablonz, in Enns, Neugablonz 10, im 69. Lebensjahr. Am 31. März begleitete ihn eine zahlreiche Trauergemeinde zur letzten Ruhestätte. Der trauernden Gattin sowie allen Angehörigen gilt unser aufrichtigstes Beileid.

Kranzablösespenden

Anläßlich des Ablebens von Lm. Rudolf Hartig haben statt Kranzspenden für den Verewigten für soziale Zwecke der Sudetendeutschen Landsmannschaft Enns gespendet: Herr Robert Sandleiter und Frau S 200.—, Familie Fritz Waniek S 100.—, Familie Herbert Ehlig S 100.—. Anläßlich des Ablebens von Frau Berta Appelt, Enns, Eichbergstraße 6 b, spendete die Tochter, Frau Elfriede Rott samt Gatten Josef Rott S 200.—. Anläßlich des Ablebens von Herrn Max Bergs: Firma Rudolf Roskowitz KG S 250.—, Familie Fritz Waniek S 100.—, Frau Ella Müller und Traudel Passig, Enns, Neugablonz, S 70.—. Anläßlich des Ablebens von Dr. Max Worm, Linz, Familie Fritz Waniek S 100.—.

Steyr

Unser Monatsabend am 3. April wies einen guten Besuch auf. Da es der erste im neuen Vereinsjahr war, deutet die Bezirksleitung dies als gutes Omen für das ganze Jahr. Es werden für den nächsten Monatsabend am Samstag, dem 8. Mai, die Landsleute herzlich eingeladen, auch wieder recht zahlreich zu kommen.

Verband der Südmährer

Sterbefall

Unser langjähriges, getreues Verbandsmitglied Matthias Schleifer aus Höflein, BB-Pensionist, hat uns am 30. März nach langem, schwerem Leiden im 82. Lebensjahr für immer verlassen. Der Verstorbene war für die Tischrunde ein besonderer Begriff. Eine größere Anzahl von Landsleuten nahm an dem Begräbnis teil, der Trauerfamilie wurde die herzlichste Anteilnahme übermittelt.

Geburtstage

Am 5. April, 77 Jahre: Frau Julie Lehninger aus Znaim-Jungnickelschule, in Roßwag 87, Kreis Vaihingen/Enz; am 6. April, 75 Jahre: Direktor Karl Saller aus Znaim, in Wien, Liechtensteinstraße 15/3/12; am 7. April, 80 Jahre: Frau Theresia Lang aus Dürrholz, in Kronstorf, Styria-siedlung 111; am 15. April, 65 Jahre: Josef Hecht, Spenglermeister aus Grusbach, in Linz, M.-Kriner-Straße 8; am 15. April, 70 Jahre: Friedrich Albrecht, Spediteur aus Znaim, in Linz, Ziegeleistraße 47; am 17. April, 70 Jahre: Josef Kubovsky aus Lundenburg, in Linz, Wimmerstraße 38; am 21. April, 78 Jahre: Frau Maria Lustig aus Znaim, in Horsching 174; am 23. April, 73 Jahre: Johann Schwarz aus Mudlau, in Linz, Kleinwörth 8.

Wels

Die Hauptversammlung der Bezirksgruppe Wels findet am Samstag, dem 24. April um 14 Uhr im Hotel Ploberger, Wels, Kaiser-Josef-Platz 21, statt. Alle Mitglieder werden gebeten, daran teilzunehmen.

Geburtstage: Am 19. April: 70 Jahre: Adele Mörth aus Wagstadt-Stadtberg, wohnhaft in Bad Wimsbach-Neydharting 139; am 26. April: 70 Jahre: Rudolf Spandl aus Groß-Tajax bei Znaim, wohnhaft in Stadl-Paura, Traun 329; am 28. April: 74 Jahre: Adolf Straub aus Kaiserhof, wohnhaft in Wels, Magazinstraße 3; am 14. Mai: 80 Jahre: Alois Schaffhauser, wohnhaft in Wels, D.-Schauer-Straße 8 a; am 22. Mai: 78 Jahre: Elisabeth Hartmann aus Eger, wohnhaft in Wels, Hans-Sachs-Straße 1. Wir gratulieren allen im April und Mai geborenen Landsleuten recht herzlich und wünschen ihnen für die Zukunft Gesundheit und Wohlergehen. Unser nächster Landsmannschaftsabend findet am Freitag, dem 7. Mai, im Hotel Lechföllner am Kaiser-Josef-Platz statt.



Kärnten

Villach

Am 3. April hatte unser lieber Landsmann Adalbert Bachmann in Lienz (früher Aussig an der Elbe) sein 101. Lebensjahr erreicht. Unsere Bezirksgruppe hatte aus diesem Anlaß die Lienzener Landsleute, welche der Villacher Gruppe angeschlossen sind, in das Hotel Post in Lienz eingeladen, um mit ihnen einige nette Stunden zu verbringen. Unsere Lienzener Sudetendeutschen,

Die Sparkasse hat Ideen:

Praktischer
als das ewige
Erlagschein
aufgeben:



deren Anzahl naturbedingt kleiner geworden ist, haben uns nicht enttäuscht und sind unserer Auforderung gefolgt. Eine fröhliche Runde vereinte die Villacher Abgesandten mit den Lienzer Freunden. Obwohl wir unser hochbetagtes Geburtstagskind durch einen Besuch in größerer Anzahl nicht aufregen wollten, übernahmen es der Obmann und der Schriftführer der Bezirksgruppe, durch Abgabe einer Blumenspende dem Jubilar die besten Segenswünsche darzubieten. Lm. Bachmann ließ es sich aber nicht nehmen, die Abordnung zu empfangen und begrüßte uns in seinem mit Blumen und Geschenken geschmückten Zimmer in erstaunlicher Frische und unterhielt sich mit uns weit über eine halbe Stunde, wobei er sich nach allen Neuigkeiten erkundigte. Wiederholt versuchten wir, um ihn zu schonen, aufzubrechen, doch bat er immer wieder, zu bleiben. Als wir uns dann aber doch verabschieden mußten, gaben wir ihm die Versicherung, daß wir auch im nächsten Jahr wieder kommen wollen. Auf unseren freundlichen Rat, sich gut und so frisch wie heuer zu erhalten, erwiderte er gutgelaunt: „Ich werde mich bemühen!“ und gab uns noch viele Grüße an alle Landsleute auf mit Dankesworten für die Geburtstagsfreude. Zurückgekehrt ins Hotel Post, berichteten die zwei Abgesandten über ihren Besuch. In froher Gemeinschaft blieben wir Villacher mit unseren Lienzern noch eine weitere Stunde beisammen und nahmen dann von ihnen, die sich über unseren Besuch sehr gefreut haben, herzlichen Abschied.



Steiermark

Bruck an der Mur

Zu Beginn der Hauptversammlung am 4. April gedachte der Obmann Dipl.-Ing. Karl Mader der verstorbenen Mitglieder Anna Kumpa aus Oberfröschau, Ing. Josef Klant aus Alt-Habendorf und Erwin Bartsch aus Budelsdorf. Hierauf beglückwünschte er alle Geburtstagskinder und überreichte vier silberne Treuenadeln an verdienstvolle Landsleute: Käthe Heine-Sajowitz, Helmut Kummer, Irene Mandel, Eugenie Schlicher und Ernst Voith. Ferner berichtete er über die wichtigsten Geschehnisse des abgelaufenen Vereinsjahres. OSR Roman Pietsch berichtete ausführlich über die Delegiertenversammlung in Graz und forderte eindringlich zum Bezug der „Sudetentpost“ auf. Es konnten vier neue Bezieher gewonnen werden. Nach dem Bericht des bewährten Schriftführers Lm. Siegmund und des gewissenhaften Kassiers Lm. Kahler gab Kassensprüfer Lm. Voith die Überprüfung der muster-gültig geführten Kasse bekannt und stellte den Antrag auf Entlastung, der einstimmig angenommen wurde. Nachdem der Obmann allen Mitarbeitern gedankt hatte, leitete Lm. Max Grundmann die Neuwahlen. Es wurde einstimmig der bisherige Ausschuß wiedergewählt. Zum Abschluß dankte der wiedergewählte Obmann Mader für das entgegengebrachte Vertrauen und versprach auch im Namen des Ausschusses, das Beste zu leisten. Die nächste Monatsversammlung findet am 2. Mai um 15 Uhr im Bahnhofhotel statt.

Graz

Da der April-Heimatabend auf den Karfreitag fiel, konnte Dir. Schwab keinen vollen Saal begrüßen. Das war eigentlich schade, denn Direktor Schwab setzte sich in einem geschichtlich wohl fundierten Vortrag mit den brennenden Fragen rund um das Münchner Abkommen auseinander. Sehr dankbar reagierten die Anwesenden. Nächster Heimatabend mit Tonfilm am 14. Mai.

Wegen der großen Bedeutung des diesjährigen Sudetendeutschen Tages rufen wir unsere Landsleute auf, sich besonders zahlreich in Nürnberg zu treffen. Bei genügend Teilnehmern fährt ein Autobus (Fahrpreis ca. S 350.—) am Samstag, dem 29. Mai um 4 Uhr von Graz ab; Rückkehr Pfingstmontag gegen 23 Uhr. Wir bitten um rascheste Meldung bis zum 28. April an die Geschäftsstelle der Sudetendeutschen Landsmannschaft, 8020 Graz, Lazarettkaserne. Zustiegsmöglichkeit auf der Strecke Graz—Bruck—Leoben—Lilien.

Köflach

Am 28. März fand im Gasthof Stangl in Köflach unsere Hauptversammlung statt. Der Besuch war außerordentlich gut. Von der Landesleitung konnten wir diesmal in Vertretung unseres Landesobmannes Med.-Rat Dr. Prexl unseren Landesobmannstellvertreter Hauptschuldirektor Schwab mit Gattin sowie den Obmann der Egerländer Gmoi, Herrn Dipl.-Ing. Franz Sabathil, begrüßen. Nachdem Obmann Seidl alle Anwesenden begrüßt hatte, gedachte man der im vergangenen Jahr verstorbenen fünf Mitglieder durch Erheben von den Sitzen. Frau Mayer verlas hierauf das Protokoll der vorjährigen Hauptversammlung, für dessen ausgezeichnete Abfassung ihr durch herzlichen Beifall gedankt wurde. Anlässlich der Gespräche zwischen Bonn und Prag brachte Lm. Schwab ein besonders aktuelles und für alle sehr aufschlußreiches Referat über die Entstehung und Ursachen des Abkommens vom Herbst 1938, um dessen Nichtigkeitserklärung sich eben die Gespräche drehen. Eindringlich und für alle unmißverständlich warnte Lm. Schwab davor, diese Nichtigkeitserklärung auf die leichte Schulter zu nehmen und ihren Ernst zu verkennen, er hielt uns klar und schonungslos vor Augen, was für unabsehbare Folgen dies für alle Sudetendeutschen hätte. Mit großem Beifall wurde dieses hochaktuelle Referat aufgenommen.

Es folgte der Bericht des Kassiers Peschl und der Tätigkeitsbericht unseres Obmannes Seidl über die Veranstaltungen im vergangenen Geschäftsjahr und die Mitgliederbewegung. Danach konnten wir trotz Ausfall von sechs Personen (fünf Todesfälle und eine Abwanderung) den Mitgliederstand halten und noch um eine Person erhöhen. Organisationsfragen der vom 10. bis 13. Juni stattfindenden Fahrt zu unseren Landsleuten nach Giengen bildeten den Abschluß des offiziellen Teiles der Hauptversammlung. Nachher saß man noch gemütlich beisammen und unterhielt sich im engeren Kreis bis in die Abendstunden.

Leoben

Der Heimatabend am Samstag, 3. April, mit über 30 Personen war, wie auch der dekorative Saal- und Tischschmuck, der vorösterreichischen Zeit angepaßt. Eingangs wurde den kürzlich Verstorbenen ehrend gedacht: Dipl.-Ing. Oskar Münich, stets in der Landsmannschaft in führender Stelle tätig, wurde am 22. März nach kurzer, schwerer Krankheit am Donawitzer Friedhof mit allen militärischen Ehren und unter Teilnahme der Landsmannschaft Leoben (40 Personen) und einer großen Trauergemeinde zur ewigen Ruhe

gebettet. 1892 in Grottau (Nordböhmen) geboren, war er nach dem ersten Weltkrieg, den er als Artillerie-Oberleutnant an allen Fronten mitmachte und 7 hohe Kriegsauszeichnungen erwarb, als Betriebsleiter mehrerer Großbetriebe, zuletzt als Kohlenexperte in der OAMG, tätig. — Frau Maria Vatasana, 1897 in Mährisch-Osttau geboren, ebenfalls ein jahrzehntelanges, treues Mitglied der Landsmannschaft Leoben, verschied am 29. März 1971 nach kurzer, schwerer Krankheit und wurde am St.-Erhardi-Friedhof in Göß unter zahlreicher Beteiligung von Landsleuten begraben. Obmann R. Czermak widmete ihr am offenen Grab einen ehrenden Nachruf. Die Landsmannschaft dankte den beiden Verstorbenen mit Kränzen und Schleifen in den sudetendeutschen Farben. — Noch am Krankenbett spendete Dipl.-Ing. Münich der Landsmannschaft eine steirische Landesfahne, so daß neben der sudetendeutschen und österreichischen auch diese bei Veranstaltungen zur Ausschmückung des Saales Verwendung finden wird. — Der Heimatabend stand diesmal unter dem Motto: „Osterliche Bräuche in der alten Heimat.“ Alle Anwesenden trugen durch Beiträge und Erzählungen aus ihrer Jugendzeit dazu bei, alte, manchmal schon vergessene Osterbräuche wieder lebendig werden zu lassen. Ein anschließendes „Schmeckkostern“ der drei Nordmährer (Rudi Czermak, Toni Schwarz, Adolf Stachowetz) bei allen anwesenden Frauen brachte viel Heiterkeit, wobei dem dargebotenen „Kaiserbirn“ gern zugesprochen wurde. Osterratschen, Saatreiten, Auferstehungsfeiern usw. — Jugendgedenken aus dem Egerland, Erzgebirge, Kuhländchen, Schönhengstgau und Schlesien — erstanden vor den Augen der andächtig lauschenden Zuhörer. — Nächster Heimatabend: Samstag, 8. Mai (Muttersfeier).

Sonstige Verbände

Witkibund-Hauptversammlung

Die Hauptversammlung des Witkibundes in Österreich mit dem Sitz in Wien fand bei reger Beteiligung am 1. April im Heim der SLO-Jugend statt. Der Vorsitzende Ing. Otto Spinka gab einen kurzen Bericht über die karge Tätigkeit des Bundes im abgelaufenen Jahr. Die Begründung lag einerseits im unerwarteten Ableben des Geschäftsführers Ing. Karmasin, andererseits an der Nichtteilnahme an der Bundestagung in Bad Hersfeld und an der Sperre des Witkibundes bezugnehmend. Die Begründung lag einerseits im unerwarteten Ableben des Geschäftsführers Ing. Karmasin, andererseits an der Nichtteilnahme an der Bundestagung in Bad Hersfeld und an der Sperre des Witkibundes bezugnehmend. Die Begründung lag einerseits im unerwarteten Ableben des Geschäftsführers Ing. Karmasin, andererseits an der Nichtteilnahme an der Bundestagung in Bad Hersfeld und an der Sperre des Witkibundes bezugnehmend.

Im Anschluß an die Hauptversammlung des Witkibundes Wien wurde folgendes Telegramm an die Regierung der Bundesrepublik Deutschland in Bonn beschlossen und aufgegeben:

„Der Arbeitskreis Witkibund in Österreich tritt heute anlässlich Ihrer Besprechung mit der Regierung der CSSR an Sie mit folgendem Ersuchen heran: Bedenken Sie bitte, daß Sie bei diesen Verhandlungen die Verantwortung für Recht und Vermögen von drei Millionen Deutschen übernehmen haben. Handeln Sie so, wie Sie es vor dem deutschen Rechtsbewußtsein und der Geschichte verantworten müssen.“



Die JUGEND berichtet

Jugendredaktion 1070 Wien Siebensterngasse 38/14

Bundesjugendführung

Leichtathletikmeisterschaften in Enns
15./16. Mai 1971

Wir treffen uns am ASKO-Platz in Enns. Jeder kann mitmachen, denn es geht uns vor allem um den Ausgleich! Gerade in der heutigen Zeit haben wir das nötig, Trimm dich — heißt ein neues Schlagwort für diejenigen Menschen, die eigentlich zu wenig für ihren Körper tun. Und wir wollen doch nicht zu jenen gehören, die das ganze Jahr nur Autofahren und sonst nichts tun, oder? Funktionäre und Landsleute in der SLO, machen Sie für diese Veranstaltung in Ihren Reihen Werbung, es können alle Jugendlichen mitmachen — von 10 bis 30 Jahren! Wir rufen damit alle jungen, sportbegeisterten Freunde auf, mitzumachen. Untergebracht sind wir in der Turnhalle am ASKO-Platz. Fürs Übernachten benötigen wir eine Luftmatratze oder eine Liege sowie Decken oder Schlafsack.

Samstag, 15. Mai: Dreikampf, bestehend aus einem 100-m-Lauf, Weitspringen, Kugelstoßen oder Schlagballwerfen. Dann folgen Ballspiele. Am Abend gedenken wir der Toten in einer kleinen Feier beim Ehrenmal der Sudetendeutschen in Enns.

Sonntag, 16. Mai: 1000-m-Lauf, Staffelläufe und Faustballturnier.

Die Fahrtkosten werden ab S 40.— (Mindest-Pkw-Besitzer drei Mann) ersetzt. Das Frühstück wird am Sonntag früh verabreicht!

Diese Veranstaltung findet bei jedem Wetter statt, da wir ja die Halle benutzen können.

Wir rufen zu dieser Veranstaltung vor allem die Kameraden und Freunde aus ENNS, LINZ, WELS und der näheren Umgebung auf! Wir erwarten uns aus diesem Bereich die Hauptteilnehmer. Eltern, bringt auch Eure Kinder zu dieser Veranstaltung, es wird Ihnen bestimmt Spaß machen.

Anmeldung sofort an die SDJÖ, Siebensterngasse 38/14, 1070 Wien.

Grenzlandtreffen in Großmain: 8./9. Mai

Alljährlich treffen sich in Großmain, in der Nähe der Stadt Salzburg gelegen, die Sudetendeutschen aus Österreich und aus der Bundesrepublik. Selbstverständlich sollte auch die Jugend mit dabei sein. Am Samstag ist ein Gemeinschaftsabend vorgesehen. Für Sonntag ein Festgottesdienst sowie eine Kundgebung beim Ehrenmal in Großmain. Es werden alle Kameraden und unsere jungen Freunde ersucht, daran teilzunehmen. Quartierbestellungen an den Fremdenverkehrsverein in Großmain.

Sudetendeutscher Tag 1971 in Nürnberg

Dieser findet vom 29.—31. Mai statt. Selbstverständlich sind wir wieder mit dabei! Wir sind im Zeitlager untergebracht. Liebe Landsleute, sollten Sie mit Ihren Kindern anreisen, so sollen diese im Zeitlager der SDJ, Lager Österreich, übernachten und bei den Veranstaltungen der Jugend mitmachen! Sie werden sehen, daß Ihr Kind auch begeistert sein wird!

SOMMERLAGER in Waldkraiburg

Unser heuriges Sommerlager findet in der Zeit vom 17.—25. Juli statt. Wir sind wieder in einem Zeitlager untergebracht und erhalten die Verpflegung vom Haus SUDETENLAND, einem Heim der SDJ. Der Kostenpunkt dürfte zwischen 280 und 320 Schilling liegen (wir sind noch in Verhandlung über eine Kostensenkung). Die Fahrtkosten werden aller Voraussicht nach er-

Altwater (Gessler), Bacherbitter, Graf Keglevich — Edelbrände, Mikolash — Kontuszowka Jarcebinka — Slivowitz — Wyborowa, Zubrowka, Krupnik — Honiglikör, Lüneburger Rumtopf, Leibwächter empfehlen Josefina Pichler, Linz, Langgasse; Grisenti, Urfaß; Schenkenfelder, Steyr, Stadtplatz.

Seit 1924 Hemden und Krawatten, Wäsche, Strümpfe, Strickwaren, Handstrickwolle, stets in besten Qualitäten. SPERDIN, Klagenfurt, Paradeisergasse 3.

Leder-Breschan, zeitlos, schick, modern. In Klagenfurt, Villach, Feldkirchen.

Sportjacken, Paletots aus feinstem Leder, Schuhe in reicher Auswahl in Kärntens größtem und leistungsfähigstem Schuhhaus Neuner, Klagenfurt, St.-Veiter-Straße.

Handtaschen, Reisekoffer, eine herrliche Auswahl! Lederwaren-Spezialgeschäft Christof Neuner, Klagenfurt, St.-Veiter-Straße.

Mäntel aller Art im Mantel-Fachgeschäft V. Tarmann, Klagenfurt, Völkermarkter Straße 16, Tel. 85 276. Filiale Bürggasse 8.

Gesucht freundliche

Serviertochter

auch Anfängerin, Verdienst Fr. 1400.—, Kost und Logis frei, daseibst

Tochter

für Haushalt und Küche, gute Entlohnung. Eintritt nach Vereinbarung.

Bildofferten an:

Familie Lichti, Gasthof Rössli, CH 4434 Hölstein bei Basel (Schweiz)

MÖBEL
NEUE
HEIMAT

EUROPAMÖBEL-
SONDERSCHAU
Im Rahmen des Europamöbel-
Programms zeigen wir Möbel
aus Österreich, Deutschland,
Frankreich, England, Italien
und Belgien.



Linz, Salzburger Straße 205, Tel. 80 4 22

12. Juni 1971

Sudetentpost

Volksabstimmung

Erscheinungstermine 1971

Folge 9: 7. Mai
Einsendeschluß am 3. Mai

Folge 10: 21. Mai
Einsendeschluß am 17. Mai

Folge 11: 4. Juni
Einsendeschluß am 29. Mai

Folge 12: 18. Juni
Einsendeschluß am 14. Juni

Folge 13: 2. Juli
Einsendeschluß am 28. Juni

Folge 14: 16. Juli
Einsendeschluß am 12. Juli

Folge 15/16: 6. August
Einsendeschluß am 2. August

Folge 17: 10. September
Einsendeschluß am 6. September

Annahmeschluß für Anzeigen: Am Samstag vor dem Erscheinungstag. Annahmeschluß für Berichte: Am Montag vor dem Erscheinungstag.

Gesucht ehrliche, freundliche

Serviertochter

per 1. Mai oder nach Übereinkunft, hoher Verdienst und geregelte Freizeit.

Bildofferten an:

R. Berger, Restaurant Ochsen, CH 8531 Amlikon/Weinfelden (Schweiz)

Sudetentpost

4010 Linz, Postfach 405, Obere Donaulände 7, Zimmer 37, Telefon 27 3 69

Organ der Sudetendeutschen Landsmannschaft in Österreich (SLO). Eigentümer, Herausgeber und Verleger: Sudetendeutscher Presseverein (Obmann Ing. Alfred Rügen). Verantwortlich für den Inhalt: Gustav Putz. Alle in Linz, Obere Donaulände 7. — Druck: Druckerei und Zeitungshaus J. Wimmer Gesellschaft m. b. H. & Co., Linz, Promenade 23. — Die Zeitung erscheint zweimal monatlich. Bezugspreis vierteljährlich S 15.—, halbjährlich S 29.—, jährlich S 57.—. Der Bezugspreis wird entweder durch die Post kassiert oder ist an das Postsparkassenkonto 73 493 oder das Konto 0000-028135 bei der Allgemeinen Sparkasse in Linz einzuzahlen. — Anzeigenannahme: Linz, Obere Donaulände 7. Auflage kontrolliert. Entgeltliche Einschaltungen im Text sind mit PR gekennzeichnet.

Gesucht ein bis zwei tüchtige

Tischler

in vielseitigen Betrieb, sehr guter Verdienst, 8000 bis 8500 österr. Schilling im Monat.

Eil-Offerten an: J. Haibuchner, Schreinerei, CH 6343 Rotkreuz/Zug (Schweiz)